

ÖH Wahlen 2025

Entscheidungshilfe zur Wahl

Die Redaktion stellt Fragen an die Fraktionen S.12

Eine demokratische Universität lebt durch Solidarität

Der Kampf für eine gerechte und inklusive Hochschullandschaft S. 26

Wer hat Angst vor linker Hochschulpolitik?

Konservative und rechte Kräfte stellen sich gegen freien Hochschulzugang S. 22

Universität als politischer Schauplatz

Das Audimax im Spiegel der Zeit S.36

BEREIT FÜR MORGEN.

MIT DEM GRATIS STUDENTENKONTO UND JEDER MENGE BENEFITS:

Flexibles Banking dank 24You Internetbanking und MobileBanking App, attraktive Partnerangebote, exklusive Gewinnspiele und Freizeitvergünstigungen, CashBack-Programme und vieles mehr.



ZU ALLEN VORTEILEN

Mehr dazu auf
studenten.bankaustria.at.

 **Bank Austria**
Member of  **UniCredit**

Das Studentenkonto ist gratis, ein positiver Kontosaldo vorausgesetzt. Die Führung von Studentenkonten ist vorgesehen für Studierende bis zum vollendeten 30. Lebensjahr. Studentenkonten, deren Inhaber:innen das 30. Lebensjahr vollendet haben, werden automatisch auf ein Online-Konto umgestellt.

Diese Marketingmitteilung wurde von der UniCredit Bank Austria AG, Rothschildplatz 1, 1020 Wien, erstellt. Stand: März 2025. Irrtum und Druckfehler vorbehalten.

Editorial

Liebe Leser:innen,
Der Mai steht vor der Tür – und damit auch die ÖH-Wahlen! In dieser Ausgabe der *zeitgenossin* möchten wir euch die wichtigsten Informationen rund um die Wahl mitgeben. Doch darüber hinaus wollen wir auch die grundlegende Frage stellen: Welche Rolle spielt die ÖH – und welche könnte sie spielen?

Wir leben in einer Zeit, in der rechte und faschistische Kräfte erstarren, demokratische und soziale Errungenschaften zunehmend unter Druck geraten und der öffentliche Raum immer weiter privatisiert wird. Die Universität bleibt davon nicht unberührt. Umso wichtiger ist es, die ÖH nicht nur als reine Serviceeinrichtung oder formale Vertretungsstruktur zu sehen, sondern als politischen Raum, der Solidarität ermöglicht, kollektive Kämpfe stärkt und sich gegen Vereinzelung, Entfremdung und Spaltung stellt.

Die Universität kann – und soll – ein Ort des Austauschs, der Gemeinschaftlichkeit und der gegenseitigen Stärkung sein. Das bedeutet auch, dass wir Differenzen aushalten, produktive Diskussionen führen und uns nicht von internen Streitigkeiten lähmen lassen. In Zeiten, in denen die Angriffe von rechts zunehmen, braucht es breite Bündnisse statt gegenseitiger Abgrenzung. Deshalb sagen wir: *Let's be careful with each other, so we can be dangerous together!*

Eine starke ÖH ist nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Notwendigkeit. Mit gegenseitigem Verständnis, mit Solidarität und indem wir uns gegenseitig den Rücken freihalten, können wir uns den aktuellen Herausforderungen stellen. Eine andere Gegenwart ist möglich – aber nur, wenn wir sie gemeinsam gestalten.

In dieser Ausgabe zeigen wir, warum die ÖH weit mehr ist als eine bloße Verwaltungsstruktur und welche politischen und sozialen Kämpfe mit ihr verbunden sind. Der aktuelle ÖH-Vorsitz und die Fraktionen stellen sich vor, und wir werfen einen Blick auf die Geschichte und Gegenwart studentischer Vertretung und politischer Arbeit von Studierenden. Denn letztlich geht es nicht nur darum, wer gewählt wird, sondern auch darum, welche Universität und Gesellschaft wir gemeinsam gestalten wollen.

Die Entscheidung liegt bei uns. Geht wählen, mischt euch ein und passt aufeinander auf!

Eure *zeitgenossin*-Redaktion

Elin Janina Langenhoff *Pünsway*

N. Eder *F. Hutter*

Inhaltsverzeichnis

06	Vorsitzkommentar ÖH-Vorsitz
10	ÖH Wahlen 2025: Info und Kontext
11	Wahlergebnisse 2023 Bund und Uni Wien
12	Die Fraktionen stellen sich vor Entscheidungshilfe für die Wahl
22	Wer hat Angst vor linker Hochschulpolitik? Fiona Sinz
26	Eine demokratische Universität lebt durch Solidarität Nadja Etinski
32	<i>Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)</i> <i>Knotenpunkt und Kadenschmiede</i> Hannes Zaunhuber
36	Das <i>Audimax</i> im Spiegel der Zeit Tamara Mijatovic
42	NS-Kontinuitäten an der Uni Wien Jonas Schwarz
46	ÖH-Wahl: Wen interessiert? Viktoria Weber
50	Ausblick & Impressum



VORSITZKOMMENTAR

Es ist wieder so weit – Die Wahl der *Österreichischen Hochschüler*innenschaft* (ÖH) steht vor der Tür. Vom 13. bis 15. Mai heißt es wieder: ‚Ab ins nächste Wahllokal, denn es wird wieder eine neue Interessensvertretung gewählt.‘ Kreidet es euch im Kalender an oder beantragt sobald es geht eine Briefwahlkarte!

Seit bald zwei Jahren dürfen wir eure gesetzlich verankerte Vertretung sein und die Interessen der Studierenden der Universität Wien gegenüber dem Rektorat und anderen Gremien der Uni, sowie beispielsweise gegenüber der Stadt Wien vertreten.

Wir sind die starke, kritische, linke Vertretung der Studierenden der Universität Wien. Von der *ÖH Uni Wien* aus setzen wir uns gegen gesellschaftliche Ungleichheiten und Unterdrückungsmechanismen ein – an der Universität, aber auch darüber hinaus, denn das Leben als Studi endet nicht an den Eingangstüren der Uni.

Für uns bedeutet Antikapitalismus, dass universitäre Bildung nicht nur der Reproduktion von bestehenden Klassenverhältnissen dient. Wir kämpfen dafür, Studierende in jeglichen sozialen und ökonomischen Lagen zu unterstützen. 6 von 10 Studierenden sind armutsgefährdet. 7 von 10 Studierenden arbeiten neben dem Studium, davon fast drei Viertel, weil sie sich das Studium sonst nicht leisten könnten.¹ Da gilt es für uns einerseits, den Staat auf diese Notlage aufmerksam zu machen und gemeinsam mit den Studierenden für ein Ende der prekären studentischen Lebensverhältnisse auf die Straße zu gehen. Andererseits schreiten wir da ein, wo der Staat versagt, beraten Studierende in ihren konkreten Lebenssituationen und unterstützen sie finanziell. Durch Angebote, wie beispielsweise dem Sozial- und Psychotherapietopf oder kostenloser Kinderbetreuung während der Prüfungsphase, machen wir nicht nur deutlich, dass unser institutionalisiertes Zusammenleben anders sein könnte, sondern führen dabei auch konkret alternative Systeme durch.

Antifaschismus ist an der *ÖH Uni Wien* kein Selbstzweck, sondern eine immer weiter wachsende Notwendigkeit angesichts der zunehmenden faschistischen Gesellschaftsentwicklung Österreichs. Wir kämpfen daher für eine antifaschistische Positionierung der Uni Wien – inklusive des Verbots der wöchentlichen Aufmärsche der Burschenschaftler auf der Unirampe – und lehnen jegliche Art von Zusammenarbeit mit rechten Kräften strikt ab.

Im Vergleich zu vielen anderen Studierendenvertretungen in ganz Europa haben wir in Österreich das allgemeinpolitische Mandat, welches uns erlaubt, uns nicht nur im Bereich der Universitätspolitik zu äußern, sondern auch auf gesamtgesellschaftliche Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen. Denn schnell fällt in unserer Arbeit auf, dass die Probleme, mit denen wir als Studierende konfrontiert sind, sich nicht nur innerhalb des Uni-geländes abspielen, sondern Teil eines Systems sind, dessen Verhältnisse radikal verändert werden müssen. Daher nutzen wir das Mandat, um für einen freien und offenen Hochschulzugang, und gleichzeitig für eine befreite Gesellschaft für alle und die Abschaffung jeglicher Unterdrückungsmechanismen zu kämpfen.

Ein wenig Nostalgie

In den letzten zwei Jahren ist an der *ÖH Uni Wien* viel passiert: es kam eine Demo nach der anderen und wir waren laut auf der Straße, in der Uni und im Nationalrat. Dort haben wir gemeinsam mit anderen Wiener Hochschulvertretungen auf die rassistische und studierendenfeindliche Novellierung des Universitätsgesetzes aufmerksam gemacht und der schwarz-grünen Regierung gezeigt, dass die Studierenden keine Lust auf weitere sozial-selektive Hürden haben.² Aber auch in den Hörsälen waren wir laut, bei unseren zahlreichen Veranstaltungsreihen, wie beispielsweise bei unseren Vorträgen anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Instituts für Sozialforschung. Kämpferisch waren die zwei Jahre auch: wir konnten wieder unsere kostenlosen FLINTA* Taibox-Kurse anbieten. Auch für spaßige Veranstaltungen war immer genug Zeit da, so fand auch in dieser Exekutivperiode im Herbst unsere *Linke Messe* statt und nach der Pride im Juni wurde bei der *Balagan-Party* gemeinsam mit der JÖH wild getanzt und gefeiert.

Neben unseren ganzen Projekten versuchen wir weiterhin Studierenden da zu helfen, wo wir können. So unterstützen wir über unseren Projekttopf beispielsweise unzählige Studierende bei der Umsetzung und Finanzierung ihrer eigenen Ideen oder helfen Studierenden über unseren Sozialtopf oder den im letzten Jahr neu geschaffenen Psychotherapietopf. Ebenso haben wir versucht, die Uni als Ort angenehmer für euch zu gestalten: in Prüfungsphasen haben wir kostenlose Kinderbetreuung für Studierende mit Kind angeboten und über die Finanzierung des ÖH-Kindergartens einen Kindergarten für Studierende mit Kind

unterstützt. Ebenso haben wir Abhilfe für alle menstruierenden Studis geschaffen und die Menstruationsartikelpender auf 79 weitere Standorte ausgeweitet. Nach den Mensenschließungen haben wir durch das 2,- EUR Mensa-Pickerl, wodurch Studierende einen Rabatt erhalten können, Möglichkeiten für dennoch warme Mittagessen geschaffen.

Es bleibt aber leider prekär

Bereits in der letzten Exekutiveperiode 2021-2023 versuchten wir als *ÖH Uni Wien* auf die prekäre soziale und ökonomische Lage der Studierenden, gerade in der Zeit während und nach der Corona-Pandemie, aufmerksam zu machen und unseren Kampf gegen die Prekarität auf die Straße zu tragen. Die Ergebnisse der letzten *Studierenden-Sozialerhebung (SOLA)* haben aber leider gezeigt, dass sich die Lage der Studierenden verschlechtert hat. Das Bild der faulen Studis, die von ihren Eltern finanziert werden und sich kaum Sorgen um ihre Lebenssituation machen müssen, war noch nie weiter weg von der Realität. Trotzdem werden wir als Studierende noch immer ständig mit dem Klischee des ‚Bummelstudenten‘ konfrontiert, der entspannt vor sich hin studieren kann. Wir arbeiten so viel wie noch nie, das Studium wird immer leistungsorientierter und folglich verschlechtert sich die psychische Lage der Studierenden immer mehr. Dass wir darauf keine Lust mehr haben, ist ja wohl kaum überraschend! Deshalb wollen wir weiterhin solidarisch miteinander dafür kämpfen, endlich eine Hochschule zu schaffen, die für alle offen ist, unabhängig vom Geldbörserl der Eltern.

Ob Blau-Schwarz oder nicht: Antifa bleibt ein Muss

Der Regierungskoalition aus der *Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)* und der *Österreichischen Volkspartei (ÖVP)* sind wir zwar doch knapp entkommen, jedoch bleibt der Fakt, dass fast 30 Prozent der Wähler_innen in Österreich eine rechts-extreme und wissenschaftsfeindliche Partei gewählt haben. So sind zwar die Verhandlungen im Februar geplatzt, jedoch haben sie uns ganz

klar gezeigt, warum wir als Studierende wachsam bleiben und weiterhin ankämpfen müssen gegen den Faschismus in Österreich. Nicht ohne Grund sind wir gemeinsam mit der *ÖH Bundesvertretung* und anderen Wiener Hochschulvertretungen auf die Straße gegangen und haben gerufen: „Was bedeutet Schwarz und Blau: Rassismus und Sozialabbau!“ Die blau-schwarzen Regierungverhandler_innen wollten dabei aber nicht nur den universitären Rassismus noch weiter institutionalisieren, als er es eh schon ist, und jegliche Sozialhilfen für Studierende kürzen, sondern auch Studiengebühren für alle wieder einführen und erhöhen. Die FPÖ forderte zudem, dass Unis zusammengelegt werden und damit einzelne Unis im Grunde abgeschafft werden und auch, dass der *ÖH* ihre finanziellen Mittel genommen werden, indem sie die solidarische Pflichtmitgliedschaft aller Studierenden abschaffen wollten.

Jetzt sind wir zwar dem entkommen, jedoch dürfen wir uns als Studierende trotzdem nicht zurücklehnen, denn die FPÖ ist nicht die einzige Partei, die die Einführung von Studiengebühren, ob nachgelagert oder nicht, und die Abschaffung des *ÖH*-Beitrags fordert. Deshalb müssen wir weiterhin für unser Recht auf freie und kritische Bildung kämpfen und dafür einstehen, dass die Unis nicht wieder zu einem Ort der Eliten umfunktioniert werden.

Wir werden dranbleiben

Als *ÖH Uni Wien* werden wir weiterhin eine laute Studierendenvertretung sein, die sich immer für die Rechte der Studierenden einsetzt und hartnäckig bleibt, wenn es darum geht, die Universität Wien zu einem schöneren Ort für alle zu machen. Jetzt seid aber ihr dran: vom 13. bis 15. Mai gehts ab ins Wahllokal, um dafür zu sorgen, dass die *ÖH Uni Wien* weiterhin eure hartnäckige, unbequeme und laute Studierendenvertretung sein kann!



1 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung: SOLA 2023 <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Aktuelles/sola.html>

2 *ÖH Uni Wien*: Studierende sind keine Verhandlungsmasse, OTS https://www.ots.at/presseaus-sendung/OTS_20240417_OTS0013/studierende-sind-keine-verhandlungsmasse

ÖH Wahlen 2025 Informationen und Kontext

Alle zwei Jahre haben wir Studierenden die Möglichkeit, unsere gesetzlich verankerte Vertretung zu wählen. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Vertretungsarbeit werden maßgeblich durch die ÖH-Wahlen mitbestimmt. Die ÖH ist die gesetzliche Interessensvertretung aller Studierenden und setzt sich für ihre Anliegen ein. Sie vertritt unsere Interessen gegenüber staatlichen Behörden, Hochschulen und anderen Institutionen. Zudem hat die ÖH das Recht, Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und Verordnungen abzugeben. Darüber hinaus kann sie gesellschaftliche Themen, die Studierende betreffen, in die öffentliche Debatte einbringen und politische Veränderungen einfordern. Die Mandatsverteilung im Studierendenparlament wird durch die ÖH-Wahlen festgelegt. Dabei haben wir Studierenden die Möglichkeit, auf drei Ebenen unserer Vertretung unsere Stimme abzugeben.

Drei Ebenen der Studierendenvertretung

Bundesvertretung

Sie vertritt die Interessen aller Studierenden in Österreich gegenüber Ministerien, der Politik und anderen Hochschulorganen.

Hochschulvertretung

Diese agiert direkt an den einzelnen Hochschulen, wie etwa die ÖH Uni Wien. Auf Bundes- und Hochschulebene können verschiedene Listen und Fraktionen gewählt werden.

Studienvertretung

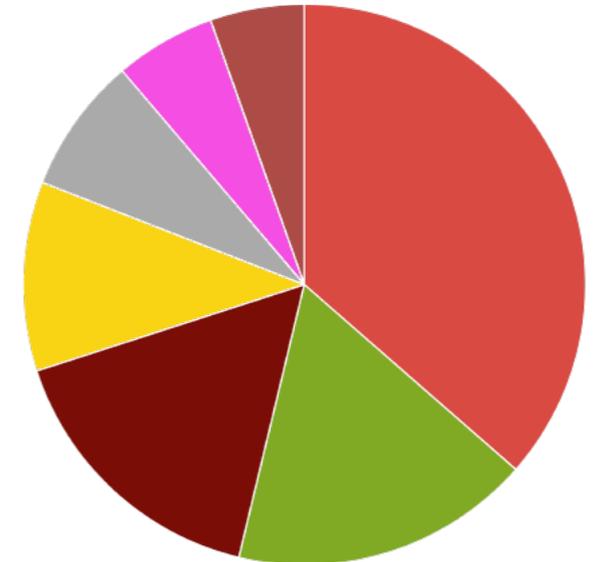
Hier wählen Studierende direkt ihre Vertreter:innen innerhalb ihrer Studienrichtung – als reine Personenwahl.

Wahlberechtigt sind alle Studierenden in Österreich, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Studiendauer. Voraussetzung ist, dass der ÖH-Beitrag für das Sommersemester 2025 fristgerecht eingezahlt wurde. Nutze deine Stimme und informiere dich über deine Wahlmöglichkeiten, die Positionen der Fraktionen sowie darüber, wie du selbst aktiv werden kannst.

ÖH Wahl- ergebnisse 2023

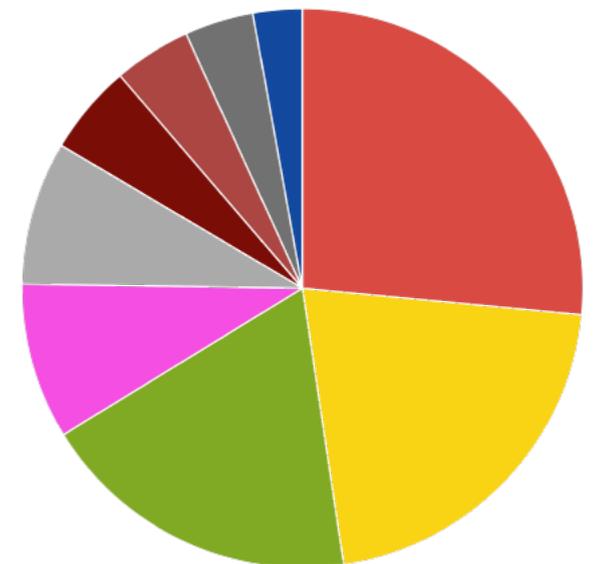
Universität Wien

■	VSStÖ	36,45 Prozent
■	GRAS	17,29 Prozent
■	KSV-LiLi	16,28 Prozent
■	AG	10,91 Prozent
■	FLö	7,86 Prozent
■	JUNOS	5,80 Prozent
■	KSV-KJÖ	5,41 Prozent



Bundesvertretung

■	VSStÖ	26,52 Prozent
■	AG	21,12 Prozent
■	GRAS	18,58 Prozent
■	JUNOS	9,01 Prozent
■	FLö	8,30 Prozent
■	KSV-LiLi	5,21 Prozent
■	KSV-KJÖ	4,45 Prozent
■	HERBERT	3,97 Prozent
■	RFS	2,84 Prozent



VSStÖ Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich - **AG** Aktionsgemeinschaft der Universität Wien - **GRAS** Grüne und Alternative Student_innen - **JUNOS** Junge liberale Neos - **FLö** Unabhängige Fachschaftsliste Uni Wien - **KSV-LiLi** Kommunistischer Student_innenverband - Linke Liste - **KSV-KJÖ** Kommunistischer Studierendenverband - **HERBERT** Who the f*ck is Herbert? - **RFS** Ring Freiheitlicher Studenten

Die Fraktionen stellen sich vor

VSStÖ

Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich

GRAS

Grüne & Alternative Student_innen

KSV-Lili

Kommunistischer Student innenverband – Linke Liste

AG

AktionsGemeinschaft

FLö

Unabhängige Fachschaftslisten

JUNOS

Junge liberale Neos

KSV-KJÖ

Kommunistischer Studierendenverband

1. Wofür steht ihr und wieso tretet ihr zur ÖH-Wahl an? Was sind eure politischen Ziele?

VSStÖ

Wir als *Verband Sozialistischer Student_innen* (VSStÖ) stehen für einen freien und offenen Hochschulzugang und fordern eine Uni, die für wirklich alle zugänglich ist. Wir sind davon überzeugt, dass die Möglichkeit, studieren zu können, nicht von der Herkunft oder dem Geldbörsel der Eltern abhängig sein soll. Wir wünschen uns eine Uni, an der sich Studierende frei von Leistungsdruck bilden können und sind laut gegen Studiengebühren und Mindeststudienzeit. Wir fordern die Ausfinanzierung von Studium und Universität. Her mit sozialer Gerechtigkeit und fairen Studienbedingungen!

GRAS

Wir, die *Grünen & Alternativen Student_innen* (GRAS), kämpfen für eine klimaneutrale, antifaschistische und solidarische Hochschule, wo das Einkommen der Eltern nicht über den Studienerfolg entscheidet.

Die momentane Situation ist besorgniserregend: die multiplen Krisen der letzten Jahre sorgen dafür, dass Studieren wieder zu einem Privileg der Eliten wird, während Faschismus und Diskriminierung wieder zunehmen. Allen voran steht die menschengemachte Klimakrise. Die Uni muss Teil ihrer Lösung werden. Deswegen treten wir an, um sozialen Zusammenhalt und studentische Mitbestimmung zu stärken und die Klimakrise gemeinsam zu bekämpfen.

KSV-Lili

Der *Kommunistische Studierendenverband - Linke Liste* (KSV-LiLi) ist seit vielen Jahren Teil der ÖH-Exekutive der Universität Wien. Das bedeutet, dass wir linke Politik in einer führenden Rolle durchsetzen. Der KSV-LiLi ist der Garant für eine linke ÖH! Wir sind die einzigen, die weder mit Konservativen (ÖVP-AG) noch mit neoliberalen Träumern (JUNOS) koalieren würden.

Als Mitglied der Koalition an der ÖH Uni Wien ist der KSV-LiLi ein wichtiger Teil der organisierten Linken Wiens. Wir organisieren und unterstützen linke Demonstrationen, Proteste, Aktionen und Projekte und dienen dabei oftmals als Bindeglied zwischen verschiedenen Organisationen.

AG

Als Aktionsgemeinschaft sind wir die Stimme der Studierenden gegenüber der Politik, dem Rektorat und diversen anderen Stakeholder:innen. Die Probleme der Studierenden sind unsere Baustelle. Wir stehen für Service im Studium, damit dein Studium für dich nicht zur Achterbahnfahrt wird.

FLö

Wir als *Unabhängige Fachschaftslisten* (FLö) sind für ein barrierefreies, leistbares und qualitativ hochwertiges Studium und sind der Überzeugung, dass Studierendenvertretung am besten unabhängig vom Einfluss von Landes- und Bundesparteien funktioniert. Wir stehen für Chancengleichheit und sprechen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung aus. Um allen Studierenden gegenüber der Universität und der Regierung mehr Gehör zu verschaffen, sehen wir die Stärkung von lokalen Basisgruppen und den Studierendenvertretungen als besonders wichtig. Durch unsere Erfahrungen als Studienvertreter*innen und unsere enge Zusammenarbeit mit anderen ÖH-Vertretungen kennen wir das Studienrecht und wissen, welche Änderungen an der Uni Wien möglich und nötig sind!

JUNOS

Uns *Junge liberale Neos* (JUNOS) -Studierenden liegt am Herzen, dass sich dein Studium an dich anpasst – nicht umgekehrt. Dafür braucht es ein uneingeschränktes Angebot von Online- und Präsenzlehre, digitale Lernunterlagen sowie den Wegfall von Anwesenheitspflichten und Vorkursketten. Wir fordern moderne und digitale Räume, eine 24/7-Bib und einen Ersatz für die Hauptbibliothek.

Aber Studieren heißt mehr als Lernen; es geht auch um Vernetzung. Deshalb soll es Buddy-Programme und Welcome-(Back)-Weeks an allen Fakultäten geben, damit DU viele schöne Momente erleben kannst.

KSV-KJÖ

Wir als Kommunistischer Studierendenverband (KSV-KJÖ) verstehen uns als die Fraktion, die das ganze Jahr über Präsenz zeigt - nicht lediglich zu Semesterbeginn und den ÖH-Wahlen. Unser Ziel ist es, eine aktive und kämpferische Studierendenbewegung aufzubauen, die das Erreichen besserer Bedingungen innerhalb und außerhalb des Studiums selbst in die Hand nimmt. Als kommunistischer Studierendenverband kämpfen wir für die Unabhängigkeit der Lehre und Forschung von Profitinteressen - dies gilt in besonderem Maße, wo Profite mit Krieg gemacht werden.

2. Wie ist eure Position zum allgemeinpolitischen Mandat?

VSStÖ

Als VSStÖ bekennen wir uns ausdrücklich zum allgemeinpolitischen Mandat und sehen dessen Wichtigkeit mit Blick auf eine mögliche Regierung unter der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) und der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) mehr denn je. Unsere Gesellschaft ist geprägt von struktureller Diskriminierung, welche nicht nur in der Uni stattfindet, sondern weit über diese Mauern hinausreicht. Es ist daher zentral, den Zusammenhang zwischen der ungerechten Situation unserer Hochschulen und der allgemeinen politischen Lage zu erkennen, aufzuzeigen und sich aktiv für eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse einzusetzen.

GRAS

Das allgemeinpolitische Mandat ist essenziell. Die Lebensrealität der Studierenden endet nicht an den Toren der Hochschule – steigende Mieten, Klimakrise und rechte Politik betreffen uns alle. Eine ÖH ohne allgemeinpolitisches Mandat wäre eine schwache Vertretung, die zentrale Probleme der Student_innen ignoriert. Wir nutzen dieses Mandat, um für Klimagerechtigkeit, Antifaschismus und ein Grundstipendium zu kämpfen und um Missstände an den Hochschulen und darüber hinaus zu beseitigen. Studierende verdienen eine laute, starke und unabhängige Vertretung, die in allen Belangen für sie einsteht.

KSV-Lili

Der KSV-LiLi steht für die Verteidigung und die selbstbewusste Nutzung des allgemeinpolitischen Mandats! Das Leben der Studierenden endet nicht an den Hörsaalüren, es ist also notwendig, dass eine linke Studierendenvertretung sie auch in allen gesellschaftlichen Fragen lautstark vertritt. Wir wollen die ÖH als Plattform nutzen, um für antikapitalistische und feministische Positionen sowie gegen den Rechtsruck zu streiten. Die ÖH muss wie eine Gewerkschaft auftreten und darf sich nicht nur mit Beratung beschäftigen, sondern muss Wissen zu Widerstand machen.

AG

Das allgemeinpolitische Mandat muss abgeschafft werden. Die ÖH ist die Interessensvertretung der Studierenden und keine linke Demowerkstatt.

FLö

Unabhängig ist nicht gleich unpolitisch. Wir verstehen uns als repräsentative politische Fraktion und stehen für nachhaltige, queere feministische Politik und soziale Gerechtigkeit. Wir sind gegen jegliche diskriminierende (inklusive antiwissenschaftliche) und autoritäre Bewegungen und verurteilen diese scharf.

Das allgemeinpolitische Mandat ist unserer Meinung nach unabdingbar und wir sehen darin die Verantwortung, Studierende gewissenhaft nach außen zu vertreten. Eine rein unpolitische ÖH mag dem Status quo dienen, aber nicht den Studierenden!

JUNOS

Die ÖH hat die Studierenden längst aus den Augen verloren. Sie ist gefangen zwischen links-utopischer Ideologie und ideenloser Servicepolitik. Zu zentralen Anliegen der Studierenden bleibt sie oft leise und erhebt dafür bei Themen, die besser im Nationalrat diskutiert werden sollten, eine laute Stimme. Dabei wissen viele Studierende nicht einmal, was die ÖH macht oder dass sie überhaupt existiert. Das ist unhaltbar! Wir setzen dem eine klare Alternative entgegen: Du sollst wieder im Mittelpunkt der ÖH-Arbeit stehen. Deshalb fordern wir die Abschaffung des allgemeinpolitischen Mandats.

KSV-KJÖ

Wir wissen, dass die Interessen der Studierenden nicht vor der Hörsaalüre enden. Um dieses politische Gewicht zu verleihen, ist das allgemeinpolitische Mandat unerlässlich. Der Verflechtung verschiedener Lebensbereiche tragen unsere Positionen Rechnung. So fordern wir Entlastungen im Studium, während wir gleichzeitig den Wohnungsmarkt und die generelle finanzielle Überbelastung von Studierenden problematisieren.

3. Wie steht ihr zu den politischen Entwicklungen in Österreich? Wie geht ihr konkret damit um?

VSStÖ

Wir als VSStÖ betrachten die aktuellen politischen Entwicklungen mit großer Sorge. Die drohende Blau-Schwarze Bundesregierung und die potentiellen Folgen dieser, insbesondere für den Alltag an unseren Hochschulen, ist etwas, was unsere politische Arbeit aktuell sehr stark beeinflusst. Wir stecken jedoch nicht den Kopf in den Sand, sondern bleiben weiterhin laut, indem wir Demos mitorganisieren, gemeinsam an Veranstaltungen teilnehmen und unsere Kraft stetig darauf konzentrieren, dass die Uni Wien eine starke linke Stimme in der Exekutive beibehält.

GRAS

Wir beobachten mit Sorge den Rechtsruck, fehlende Klimaschutzmaßnahmen und ineffiziente Sozialpolitik. Rechtsextreme Netzwerke gewinnen an Einfluss, während progressive Stimmen unter Druck geraten. Wir setzen dem antifaschistische Arbeit, Bündnisse mit sozialen Bewegungen und nachhaltige Hochschulpolitik entgegen. Bildung muss demokratisch, inklusiv, antirassistisch und klimagerecht sein! Wir müssen uns mit aller Macht gegen rechte Kräfte stellen. Dazu braucht es ein breites linkes Bündnis an der Uni Wien mit der GRAS in der Exekutive.

KSV-Lili

Der Rechtsruck in Österreich ist erschreckend, aber er darf eine*n nicht überraschen. Wie man an österreichischen Hochschulen sehen kann, wurde die faschistische Geschichte dieses Landes nie auch nur im Ansatz genügend aufgearbeitet. Aber nicht erst mit den Wahlerfolgen der rechtsextremen *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) nehmen Rassismus und antifeministischer Backlash wieder zu. Es ist nötig, das Problem an der Wurzel zu packen und dieses Problem heißt Kapitalismus. Um dem Rechtsruck etwas entgegen zu setzen, arbeiten wir aktiv für die befreite Gesellschaft!

AG

Wir sind keine politische Partei, sondern die größ-

te Studierendenvertretung Österreichs. Deshalb treten wir mit allen politischen Kräften im Land in Kontakt, um für dich und dein Studium das Beste rauszuholen.

FLö

Beim Studium darf nicht gespart werden! Es werden kurzfristig Budgetlöcher auf Kosten der Studierenden gestopft und der Zugang zum Studium und dessen Qualität leiden darunter. Wir setzen uns für freie Bildung und Lehre ein und sehen sie als Schlüsselfaktor für nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stabilität und Klimaschutz. Wir sind für eine Weiterentwicklung des Studienrechts, das alle Studierenden und die Qualität der Lehre in den Mittelpunkt stellt. Durch unsere Unabhängigkeit garantieren wir, dass wir immer auf der Seite der Studierenden stehen und nicht im Interesse von politischen Parteien agieren.

JUNOS

Wissenschaftsfreiheit ist nur möglich, wenn ohne Scheuklappen geforscht und gelehrt werden kann. Es darf eben nicht in der Hand von Aktivist:innen und Politiker:innen liegen, welche wissenschaftlichen Positionen gehört werden und welche nicht. Deshalb lehnen wir jede Form der Cancel Culture ab! Wir setzen uns für eine kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Ansichten in deinem Studium ein. Damit dies auch zukünftig möglich bleibt, müssen Hochschulen stärker von politischen Budgetentscheidungen unabhängig werden. Dafür schlagen wir nachgelagerte Studienbeiträge vor.

KSV-KJÖ

Wir beobachten zunehmende Einschränkungen der Meinungs- und Lehrfreiheit, die sich nicht zuletzt an Repressionen gegen palästinasolidarische Studierende und Lehrende gezeigt hat.

Als Verband, der sich konsequent für Frieden einsetzt, macht uns auch die Aufrüstung Sorgen. Wir wollen hier ein Gegengewicht bieten und organisieren diverse Lehr- und Diskussionsveranstaltungen, um kritischen Stimmen eine Bühne zu bieten.

4. Welche Projekte habt ihr in den letzten zwei Jahren umgesetzt?

VSStÖ

In den letzten zwei Jahren konnten wir wichtige Forderungen umsetzen, die den Alltag von marginalisierten und strukturell benachteiligten Studierenden erleichtern. Mit der Anhebung der Mensapickerl um 2 Euro sind wir der Notwendigkeit von leistbarem Essen an den Unis ein großes Stück näher gekommen. Auch die Ausweitung der kostenlosen Menstruationsartikelpender sorgt dafür, dass menstruierende Personen entlastet werden. Außerdem konnten wir weiterhin kostenlose Kinderbetreuung während der Prüfungswoche anbieten und durch die finanzielle Unterstützung des ÖH-Kindergartens Kinderbetreuungsplätze für Kinder von Studierenden absichern.

GRAS

Freche Frage – Als Oppositionspartei haben wir natürlich keine Mehrheiten, um Projekte umzusetzen, trotzdem haben wir viel bewegt! Wir haben Bildungsangebote zu Antirassismus und queerer Vielfalt für Studierende geschaffen, uns gegen den Cube am Campus eingesetzt und Druck für eine klimaneutrale und sozial gerechte Uni gemacht. Wir setzen uns weiterhin lautstark dafür ein, dass die Uni Wien ihre diskriminierende Politik beendet und die freie Namens- und Pronomenwahl umgesetzt. Außerdem muss auch endlich eine vegane und leistbare Mensa an der Uni Wien umgesetzt werden.

KSV-Lili

Neben unseren laufenden Projekten, wie beispielsweise dem vom KSV-LiLi ins Leben gerufenen Thabox-Kurs für FLINTA*-Personen oder unseren kritischen Einführungstagen, die seit vielen Jahren zu Beginn des Wintersemesters stattfinden, konnten wir in dieser Exekutivperiode auch eine sehr erfolgreiche Vortragsreihe zu dem 100 jährigem Jubiläum des *Instituts für Sozialforschung* veranstalten sowie gemeinsam mit dem Verein *Gedenkdienst* eine Gedenkreise zur *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück*.

AG

Als Oppositionsfraktion an der Uni Wien nehmen wir unsere Rolle der Kontrolle ernst. Was die linke ÖH an Services nicht bieten konnte, haben wir mit eigenen Mitteln verwirklicht: Weiterbildungssemi-

nare, Spritzerstände und aktuell unser Volksbegehren, um Arbeiten und Studieren endlich parallel möglich zu machen.

FLö

In den letzten Jahren haben wir uns an der ÖH Uni Wien auf eine konstruktive Zusammenarbeit konzentriert. Besonders stolz sind wir auf unsere angenommenen Anträge zur erweiterten Förderung sozialökologischer Abschlussarbeiten, zur Erweiterung der Therapieangebote und zur LV-Transparenz bei Pflichtlektüren. Wir wollen uns die kommende Periode wieder für ein von Studierenden moderiertes Studi-Forum, unabhängig von kommerziellen und nicht-studentischen politischen Interessen (zB. Twitter/X, Meta), einsetzen.

JUNOS

Unsere Spritzer-, Kaffee & Punschstände waren unser persönliches Highlight. Dort kamen wir mit vielen Studierenden in Kontakt und konnten so über ihre Anliegen sowie Probleme reden. Außerdem konnten wir durch zahlreiche Anfragen an die ÖH Uni Wien unsere Kontrollverantwortung als Opposition in der Universitätsvertretung wahrnehmen und sorgten für mehr Transparenz. Dank unserer Anträge setzte sich die ÖH dafür ein, dass die Noten direkt im Mail statt nur per Link angezeigt werden. Zudem wurden auf unsere Initiative zusätzliche Mülleimer und Glascontainer am Juridicum bereitgestellt.

KSV-KJÖ

Wir haben uns zum einen im Vorfeld der EU-Wahl mit den Widersprüchen und Mythen der EU beschäftigt, gerade in Bezug auf die EU als sogenanntes 'Friedensprojekt'. Im vergangenen Herbst haben wir uns mit Rüstungsforschung und Militarisierung auseinandergesetzt und dabei auch den Umgang Österreichs und der hiesigen Hochschulen mit Krieg und dem Genozid in Gaza kritisiert. Außerdem haben wir mit unseren Gruppen an den FHs gegen unbezahlte Praktika gekämpft und eine Vortragsreihe zum Thema Planwirtschaft als Alternative organisiert.

5. Wenn alles möglich wäre: Welche eine Sache ändert ihr als erstes an der Hochschule?

VSStÖ

Wir würden als erstes für einen freien Hochschulzugang sorgen, denn Bildung darf keine Frage der Geldbörse und der Herkunft sein. Dafür würden wir die unnötigen und diskriminierenden Studiengebühren abschaffen und für ausreichende finanzielle Unterstützung sorgen.

Studiengebühren machen nur ca. 2 Prozent des Jahresbudgets der Uni Wien aus. Für Studierende würde es aber eine enorme Entlastung bedeuten, keine 363 (bzw. 726,-EUR für nicht EU/EWR Bürger_innen) pro Semester zu zahlen.

Öffentliche Unterstützungsgelder sind auch oft nicht ausreichend, weswegen wir verschiedene Fördertöpfe eingerichtet haben.

GRAS

Wir wollen die Uni zur Vorreiterin für eine lebenswerte Welt machen und sie radikal klimagerecht umbauen: keine fossilen Kooperationen, nachhaltige und leistbare Mensen, klimaneutrale Gebäude, Klimabilddung in jedem Curriculum und gratis Öffis. Bildung muss Lösungen für die Zukunft bieten – das geht nur, wenn wir Klima und Soziales gemeinsam denken. Systemwandel statt Klimawandel, dafür treten wir an. Ein ‚Weiter wie bisher‘ gibt es genauso wenig wie ein Überwinden der Klimakrise im Kapitalismus.

KSV-Lili

Deutschnationale Burschenschafter von der Rampe jagen! Deutschnationale Burschenschafter bilden das Scharnier zwischen dem Rechtsextremismus der FPÖ und dem Neonazismus auf der Straße und haben an einer Hochschule, die ein sicherer Ort für alle sein soll, nichts verloren. Dass die Uni Wien den wöchentlichen Aufmarsch der deutschnationalen Burschenschafter duldet, ist bezeichnend dafür, wie sehr die Aufarbeitung der faschistischen Geschichte der Uni Wien fehlt.

AG

Sobald wir Platz 1 bei den ÖH-Wahlen erreichen und Verantwortung übernehmen dürfen, werden wir dafür sorgen, dass alle Räume an der Uni Wien mit ausreichend Steckdosen ausgestattet sind.

FLö

Wenn wirklich alles möglich wäre, würden wir als allererstes eine sozial gerechte Hochschule schaffen - wir fordern die bedingungslose Ausfinanzierung der Hochschulen und eine ausgeglichene finanzielle Unterstützung aller Studierenden, sodass Studieren kein Privileg sein muss! Aber Geld beiseite, als erstes würden wir ein Recht auf Wiederholung von Teilleistungen einführen (was studienrechtlich möglich ist).

JUNOS

Ganz klar: die Abschaffung von der *zeitgenossin* und dieses viele Geld nutzen, um ein effektives Buddy-Programm sowie studiengangsübergreifende, von der ÖH organisierte Welcome Weeks UND Welcome Back Weeks zu finanzieren. So kannst DU nach den Semesterferien problemlos wieder ins Unileben starten, neue Leute kennenlernen und dich mit Freunden bei verschiedenen Veranstaltungen treffen – sei es bei Partys, Volleyball- oder Bubble-Soccer-Turnieren. Zudem hast DU die Möglichkeit, an Beratungsständen und bei Campustouren all deine Fragen zu stellen.

KSV-KJÖ

Für uns ist klar: Die sofortige Entlastung aller Studierenden sollte allem vorangehen, nicht zuletzt, weil so Zeit und Energie frei wird, für politische Ziele zu kämpfen. Also wird die Regelstudienzeit an die Durchschnittsdauer des jeweiligen Studiums angepasst, Studiengebühren werden abgeschafft. Vor allem arbeitenden Studierenden fällt damit eine große Last von den Schultern.





Wer hat Angst vor linker Hochschulpolitik?

Im Laufe der Jahrzehnte wurde linke Hochschulpolitik immer agiler und selbstbewusster. Gleichzeitig verschärften sich die Angriffe gegen sie. Doch was steht eigentlich auf dem Spiel?

Unis sind international bekannt als Hort linker Ideologie und Nährboden für sozialen Protest. Auch Österreichs Hochschulen sind geprägt von linker Studierendenpolitik – das zeigt sich unter anderem in den Wahlen der *Österreichischen Hochschüler*innenschaft* (ÖH), die im Mai wieder stattfinden. Seit 2001 gab es durchgehend eine zumindest linksliberale Mehrheit in der bundesweiten Studierendenvertretung. Doch linke Hochschulpolitik und ihre Mehrheiten sind kein Naturgesetz und fielen nicht eines Tages vom Himmel. Österreichs Hochschulen sind geprägt von elitärem Gedankengut, das teils jahrhundertelange Tradition hat. Männerbünde in Studierendenschaft, Professorenschaft und Rektoraten prägten die heimischen Universitäten. Doch das Bild der homogenen Eliten-Schmiede begann in den 70ern zu wackeln. Mit der Öffnung der Hochschulen veränderte sich nicht nur die Studierendenschaft, sondern auch ihre Vertretungen. Zeitgleich bekamen die Studierenden mit dem *Universitätsorganisationsgesetz* und dem *ÖH-Gesetz* mehr Mitspracherecht. Verpflichtende, paritätische Teilnahme in universitären Entscheidungsorganen wie dem Senat für Studierende und den akademischen Mittelbau stürzten die Vorrechte der Professor*innen. Auf der Straße protestierten Studierende gegen Atomkraft, für Umweltschutz und gegen Krieg, in den Hörsälen gegen Knock-Out-Prüfungen und für soziale Absicherung.

Studentische Politik und Protest waren eben nie nur auf Studierende selbst bezogen, sondern auf die gesamte Gesellschaft. In Österreich spiegelt sich das mit dem allgemeinpolitischen Mandat auch in der Vertretungsarbeit wider. Die Studierendenvertretung kann sich zu jeglichen politischen Themen äußern, nicht nur zu solchen, die in direkter Verbindung zu Studium und Hochschulen stehen. Als Interessensvertretung gänzlich neutral zu gesellschaftspolitischen Veränderungen zu stehen, würde das Ziel einer solchen Vertretung verfehlen. Denn Politik und Gesellschaft machen nicht Halt vor den Türen der Hochschulen und beeinflussen elementar, wer es überhaupt über die Schwellen dieser Türen schafft. Kein Wunder also, dass Rufe nach Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren allzu oft mit Forderungen nach der direkten oder indirekten Abschaffung der ÖH einhergehen.

Doch Dorn im Auge rechter und konservativer Kräfte sind nicht nur allgemeinpolitische Forderungen und Äußerungen der ÖH und linker ÖH-Fraktionen, sondern überhaupt erst die Idee eines

offenen und freien Zugangs zu den Hochschulen für alle. Eine Idee, die durch die aktuelle prekäre Lage der Studierenden ins Wanken gebracht wird. Eine, für die linke Hochschulpolitik seit jeher einsteht und bisherige Errungenschaften erkämpft hat. Jedoch bleibt die politische Bemühung rechter Akteur*innen, die Universität wieder zu dem Ort der Eliten zurückzuführen, der er noch bis in die 70er Jahre war. Denn die Möglichkeit, kritische Bildung für die Masse zu öffnen, bereitet Rechten bis Rechtsextremen Angst, steht kritische Bildung doch diametral zu rechter Radikalisierung. So ist es kaum verwunderlich, dass sich die FPÖ und andere rechte Akteure die ÖH als Feind ausgewählt haben.

Wer über heimische Polit- und Vertretungsarbeit sprechen möchte, kommt auch 20 Jahre später nicht um die reaktionäre Politik der damaligen schwarz-blauen Regierung herum. Die Folgen ihrer Hochschulpolitik sind bis heute spürbar. Unter der ÖVP-Bildungsministerin Elisabeth Gehrler kamen die 1972 abgeschafften Studiengebühren zurück und die finanzielle Situation der Universitäten verschlechterte sich drastisch. Zahlreiche Studierende begannen neben dem Studium zu arbeiten, um die finanzielle Belastung durch die Gebühren stemmen zu können und studierten dadurch länger oder mussten ihr Studium sogar abbrechen. Studentischen Protest gab es auch hier, selbst wenn er zu seiner Zeit erfolglos erschien. Schwarz-Blau endete 2005 – erst 2008 kam mit der Mindeststudienzeit und Toleranzsemestern eine ‚Gnadenfrist‘ für die Studiengebühren. Gänzlich abgeschafft wurden sie bis dato nicht.

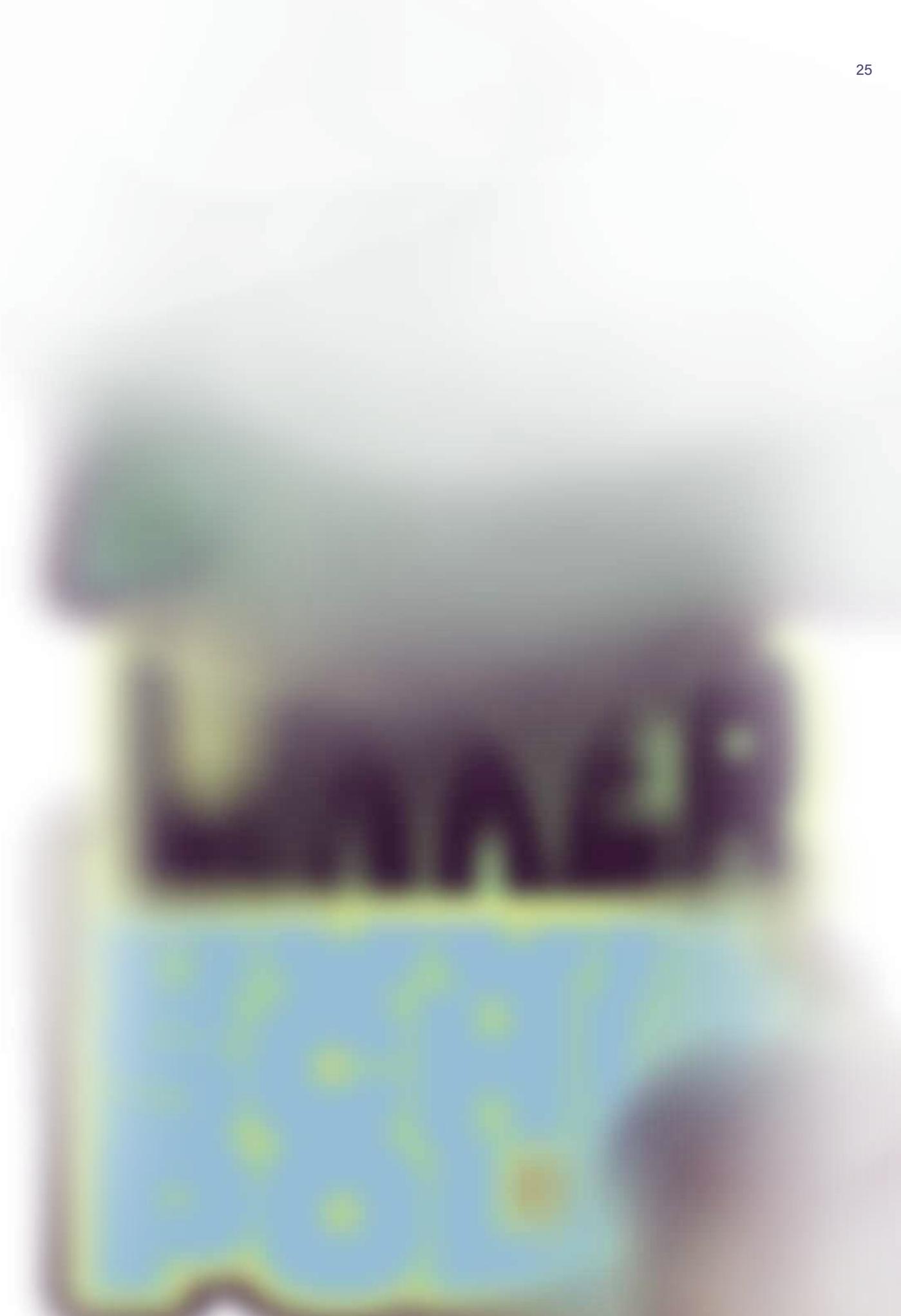
Eines der bewegendsten Ereignisse der linken Hochschulpolitik folgte nur wenige Jahre später, 2009: *#unibrennt*. Der wohl größte und wichtigste Studierendenprotest der letzten Jahrzehnte begann mit der Besetzung der Aula der Akademie der bildenden Künste. Studierende und Lehrende protestierten damit gegen die unmittelbar bevorstehende Einführung des *Bologna-Systems*. Darauf folgten zahlreiche Besetzungen und Proteste an Hochschulstandorten österreichweit. Doch man beließ es nicht bei Hochschulpolitik. In Wien wurde auf die dramatische Situation obdachloser Menschen aufmerksam gemacht, indem man die Menschen im Hörsaal schlafen ließ und sich um ihre Versorgung kümmerte. Als direkte Antwort darauf wurde das *Winterpaket* in Wien geschnürt, das bis heute besteht und konkrete Verbesserungen für die obdachlose Bevölkerung Wiens brach-

te. Direkte Veränderungen in der Bildungspolitik erreichte man trotz internationaler Aufmerksamkeit nicht.

Linke Hochschulpolitik und ihre Vertretungsarbeit ist laut und selbstbewusst. Nicht unbedingt weil man sich selbst und die eigenen Errungenschaften so toll findet, sondern weil man es sein muss. Die Hebel, an denen politische Veränderung passieren kann, sind klein und versteckt. Linke Hochschulpolitik kennt ihre Handlungsspielräume und weiß, wann man über sie hinaus treten muss. Linke Exekutiven in der Vertretungsarbeit stärken linke Kräfte sowohl in den Unis als auch außerhalb und verbessern aktiv die Lebenssituation der Studierenden.

Studierende sind über die ÖH unfall- und haftpflichtversichert, können sich rechtlich über Themen von Studien- und Mietrecht bis hin zu politischer Repression beraten lassen, Studierende mit Behinderung finden Unterstützung beim Referat für Barrierefreiheit und seit kurzem gibt es den Fördertopf für reproduktive Gesundheit, der Studierende bei der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen unterstützt. Diese Liste könnte man vermutlich noch seitenlang weiterführen und damit wären erst die Unterstützungen der ÖH-Bundesvertretung aufgezählt. Wer zynisch sein möchte, nennt das Symptombekämpfung. Aber ob ich mir als Studentin einen Schwangerschaftsabbruch leisten kann oder nicht, verändert konkret meine Lebenssituation. Nein, die ÖH wird sehr wahrscheinlich auch in der nächsten Exekutivperiode nicht die Weltrevolution oder die befreite Gesellschaft ausrufen, egal wer nächste*r Bundeskanzler*in und wer nächste*r ÖH-Vorsitzend*e wird. Aber wer für die Rechte der Studierenden einsteht, wer für sie kämpft, macht nur für diejenigen keinen Unterschied, die glauben, es sich leisten zu können, diese Rechte wieder zu verlieren.

Fiona Sinz



Eine demokratische Universität lebt durch Solidarität

Wem gehört die Uni? Wer bestimmt, wer studieren darf – und unter welchen Bedingungen? Lange Zeit war die Österreichische Hochschüler*innenschaft (ÖH) keine Vertretung aller Studierenden, sondern eine Bastion elitärer, konservativer Interessen. Heute kämpft sie für soziale Gerechtigkeit und eine offene Universität – doch diese Errungenschaften stehen immer wieder auf dem Spiel.

Die Österreichische Hochschüler*innenschaft (ÖH) ist heute eine solidarische und progressive Vertretung aller Studierenden. Doch das war nicht immer so. Bis in die 1970er-Jahre war die ÖH fest in der Hand von deutschnationalen und konservativen Fraktionen. Soziale Absicherung oder der Zugang zur Universität für breitere Bevölkerungsschichten spielten kaum eine Rolle.

Linke und progressive Kräfte mussten lange kämpfen, um die ÖH in eine Interessensvertretung für alle Studierenden zu verwandeln. Heute profitieren wir von diesen Errungenschaften, doch die Vergangenheit zeigt, dass eine demokratische, solidarische Studierendenvertretung nicht selbstverständlich ist. Permanent versuchen rechte Fraktionen, Einfluss auf die ÖH zu nehmen, um sie zu entpolitisieren und ihre grundlegenden Prinzipien zu untergraben. Gleichzeitig führen neoliberale Hochschulpolitiken dazu, dass Universitäten zunehmend als Orte der individuellen Karriereoptimierung statt als Räume des gemeinsamen Lernens und politischen Handelns betrachtet werden.

Österreich hat eine der stärksten Studierendenvertretungen Europas – und das nicht ohne Grund. Die ÖH hat in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Errungenschaften erkämpft, von der Abschaffung der Studiengebühren bis zur rechtlichen und finanziellen Unterstützung für Studierende. Studienvertretungen greifen studentische Anliegen auf, basisdemokratische Strukturen ermöglichen direkte Mitbestimmung, und in Gremien können Studierende aktiv über ihre Universität mitentscheiden. Doch all das bleibt wirkungslos, wenn wir diese Möglichkeiten nicht nutzen. Demokratische Teilhabe erfordert Engagement – sonst überlassen wir die Gestaltung der Hochschule jenen, die sie vor allem als Ort der Konkurrenz und Karriereoptimierung sehen. Eine solidarische Uni entsteht nicht von selbst. Sie lebt davon, dass wir uns einbringen – sei es durch Wahlen, Plena oder gemeinsame Organisation. Denn die Universität sollte ein Ort der Solidarität sein, nicht der Vereinzelung.

Geschichte der ÖH: Ein Kampf für soziale Gerechtigkeit und freie Bildung

Bis in die 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre spielten Fragen der sozialen Absicherung, die Öffnung der Universität für breitere Bevölkerungsschichten oder der Kampf gegen Diskriminierung an der ÖH eine untergeordnete Rolle. Erst durch den hartnäckigen Einsatz linker und progressiver Studierender wandelte sich die ÖH allmählich zu einer Institution, die sich nicht nur für die Anliegen einer kleinen akademischen Elite, sondern für alle Studierenden einsetzt.

Die 1960er- und 1970er-Jahre markieren eine Zeit intensiver Auseinandersetzungen an den österreichischen Universitäten, die die Grundlage für viele heutige Errungenschaften der Studierendenvertretung legten. In den 1960er-Jahren stiegen die Studierendenzahlen, was die Universitäten finanziell unter Druck setzte. Als Reaktion auf diese Unterfinanzierung organisierten Studierende im Juni 1961 einen einwöchigen Streik, der schließlich zu einer Budgeterhöhung führte. 1963 wurde zudem erstmals ein Rechtsanspruch auf Studienbeihilfe verankert.

Die 1970er-Jahre waren die Blütezeit der ÖH: 1973 wurden die Studiengebühren abgeschafft, und das Universitätsorganisationsgesetz von 1975 erweiterte die Mitbestimmungsmöglichkeiten. Weitere wichtige Erfolge dieses Jahrzehnts waren der Zugang zur Universität ohne Matura über die Studienberechtigungsprüfung, die Möglichkeit des Doppelstudiums und der flexiblen Studienkombination, eine verbesserte Prüfungswiederholungsmöglichkeit sowie die Einführung der Freifahrt in den Öffis.¹

Einige dieser Meilensteine wurden bislang wieder infrage gestellt oder sogar rückgängig gemacht.

Um nur das aktuellste Beispiel zu nennen: Zu Jahresbeginn, als eine blau-schwarze Regierung noch im Raum stand, sollten die Studiengebühren auf 1.000 Euro pro Semester erhöht werden. Die ÖH wehrte sich gegen eine Erhöhung der Studiengebühren und forderte stattdessen eine vollständige staatliche Finanzierung der Hochschulen. „Die österreichischen Hochschulen sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Statt diesen Notstand mit staatlichen Subventionen endlich zu bekämpfen, plant Blau-Schwarz eine massive Anhebung der Studiengebühren. Das Perfide daran: Die Studiengebühren tragen nicht einmal zwei Prozent zur Finanzierung des Hochschulsystems bei“, kritisierte Sarah Rossmann vom Vorstand Ende Jänner die schwarz-blauen Pläne.²

Schon im Jahr 2000 war absehbar, dass eine Verteuerung des Studiums viele Studierende in finanzielle Not stürzen würde. Allein an der Universität Wien brach die Studierendenzahl damals um fast 16 Prozent ein. Heute könnten die Folgen noch drastischer sein. „Studierende können sich das Studium ohnehin schon nicht leisten. Die Studierenden-Sozialerhebung 2023 zeigt, dass drei Viertel der Studierenden in Österreich neben ihrem Studium arbeiten müssen, um es sich überhaupt leisten zu können“, betonte Nina Mathies vom ÖH-Vorstand.³ Eine weitere finanzielle Belastung hätte den Zugang zur Hochschulbildung weiter verschärft und soziale Ungleichheiten vertieft. Zwar scheiterte die Koalition von Schwarz-Blau und damit auch ihre Pläne, doch es bleibt unklar, ob die Pläne zur Erhöhung der Studiengebühren von der aktuellen Regierung endgültig verworfen wurden – und wann sie möglicherweise wieder aufgegriffen werden.

Solidarität statt Vereinzelung: Was die Uni sein kann

Die Universität sollte nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Raum der Solidarität sein. Plena und basisdemokratische Strukturen bieten Möglichkeiten, sich über Wahlen hinaus einzubringen. Wenn wir uns organisieren, können wir uns nicht nur gegen Angriffe von rechts wehren, sondern auch darüber nachdenken, welche Universität wir wollen: Eine, die exklusive Eliten fördert? Oder eine, die offen, demokratisch und solidarisch ist?

Wir haben in den letzten Jahren nicht nur Angriffe

von außen erlebt, sondern auch interne Konflikte, die zu Frustration und Desillusionierung geführt haben. Die Universität allein kann nicht die Probleme der Welt lösen. Aber wir können uns fragen, was wir füreinander tun können, wie wir uns gegenseitig stärken können, um gemeinsam für unser aller Recht auf freie Bildung zu kämpfen.

Die aktuellen Studierendenproteste in Serbien zeigen, welchen enormen politischen Einfluss Studierende haben können. Studierende in Serbien haben durch basisdemokratisches Handeln und ein gemeinsames Ziel innerhalb weniger Monate das gesamte politische System des Landes ins Wanken gebracht. Dieses Beispiel sollte uns allen die immense Macht vor Augen führen, die wir als Studierende haben. Es ist unsere Verantwortung, die solidarische ÖH zu verteidigen – sei es durch unsere Teilnahme an Wahlen, durch engagierte Mitarbeit oder durch aktives Mitmischen in der politischen Diskussion. Nur so können wir sicherstellen, dass die Fortschritte, die bisher erkämpft wurden, uns auch in Zukunft erhalten bleiben.

Eine Universität für alle

Die Universität ist ein gesellschaftlicher Raum, in dem Machtverhältnisse sichtbar werden und soziale Kämpfe stattfinden. Studierende haben das Potenzial, sich so zu organisieren, dass eine echte Gemeinschaft entsteht, in der jede:r eine Stimme hat. Dieses Potenzial muss jedoch aktiv genutzt werden. Die Geschichte der ÖH zeigt, dass nichts von selbst passiert. Die Abschaffung der konservativen ÖH, die Einführung demokratischer Strukturen und der Widerstand gegen Studiengebühren – all das wurde durch solidarischen Einsatz erkämpft. Heute stehen wir vor neuen Herausforderungen. Die fortschreitende Ökonomisierung der Hochschulen, Angriffe auf demokratische Mitbestimmung und die wachsende soziale Ungleichheit im Bildungssystem erfordern entschlossenen Widerstand. Studierende mit finanziellen Schwierigkeiten, ohne akademisches Elternhaus oder mit Betreuungsverpflichtungen stoßen immer noch auf viele Hürden im Hochschulsystem. Fast alle Studierende müssen neben dem Studium arbeiten, um sich das Studium leisten zu können. Erhöhte Studiengebühren für Drittstaats-Studierende sind weiterhin eine Ungerechtigkeit, die es zu bekämpfen gilt. Die österreichischen Universitäten sind seit Jahren unterfinanziert. Gleichzeitig steigt der Leistungsdruck.

Was ist also zu tun? Wir müssen die demokratischen Strukturen der ÖH verteidigen und weiter ausbauen. Das bedeutet, uns aktiv zu beteiligen, mit der Hochschulpolitik kritisch auseinanderzusetzen und uns in Gremien zu engagieren. Gleichzeitig gilt es, für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen: durch die Senkung der Gebühren für Drittstaats-Studierende, mehr Unterstützung für Studierende in prekären Situationen und ein klares Nein zu jeglicher Form von Studiengebühren. Wir müssen Räume schaffen, die es ermöglichen, sich zu vernetzen, auszutauschen und gemeinsam politisch zu handeln.

Eine demokratische Universität ist keine Selbstverständlichkeit – sie lebt durch Solidarität. Studierende brauchen Unterstützung in vielerlei Hinsicht: finanziell, rechtlich und psychologisch. Die ÖH bietet zahlreiche Ressourcen, aber diese müssen stets verteidigt, weiterentwickelt und neu erkämpft werden. Solidarität bedeutet, sich gegenseitig zu unterstützen – im Kampf gegen Leistungsdruck, Diskriminierung und die fortwährenden Angriffe auf unsere Rechte. Eine solidarische Hochschule ist das Ergebnis hart erkämpfter Rechte, die kontinuierlich verteidigt werden müssen.

Nur durch gemeinsames Handeln, durch das Festhalten an unseren Errungenschaften und das ständige Weiterentwickeln dieser, können wir die Universität zu dem machen, was sie sein sollte:

ein Ort des freien und kritischen Denkens, der Solidarität und der aktiven politischen Mitbestimmung.

Nadja Etinski

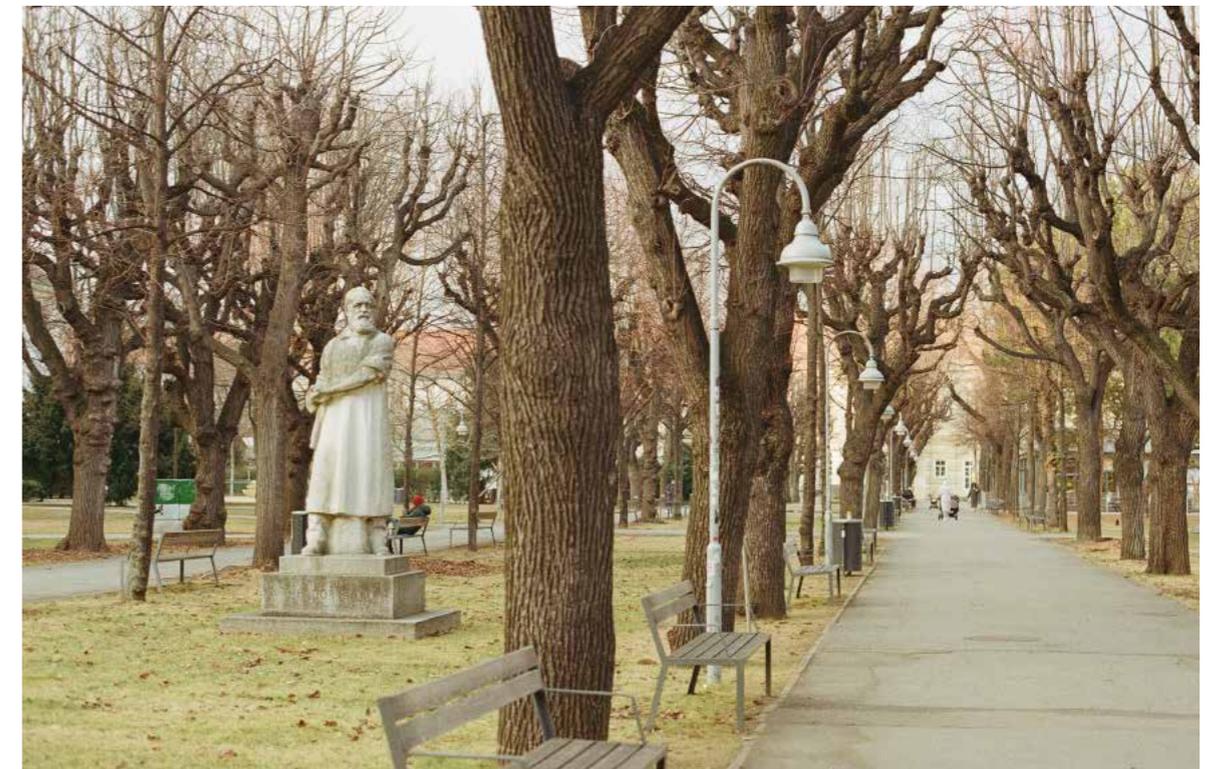
1 „ÖH wurde die meiste Zeit von Konservativen geführt“. DerStandard.at, 09.05.2011.

URL: shorturl.at/iKZTd (Zugriff: 20.03.2025)

2 „Höhere Studiengebühren? Nun wehren sich Studenten“. Krone.at, 31.01.2025.

URL: shorturl.at/WwLu3 (Zugriff: 20.03.2025)

3 Ebd.







Die Geschichte der freiheitlichen Studierenden zeigt sehr gut, weshalb es auch an Hochschulen einen konsequenten Antifaschismus braucht.

Es stellt sich zurecht die Frage, weshalb man einer einzelnen Studierendenfraktion, noch dazu einer in der Hochschulpolitik derartig unbedeutenden, so einen Text widmet. Allerdings würde es mit Sicherheit den Rahmen sprengen, wenn man die rechtsextremen Verbindungen und die von Gewalt geprägte Geschichte des *Rings Freiheitlicher Studenten* (RFS) ausführlich aufzeigen würde. Mitglieder des RFS, der FPÖ-Studentenorganisation, fallen seit ihrer Gründung 1952 kontinuierlich mit Rassismus, Antisemitismus, Frauen- und Queerfeindlichkeit sowie NS-Verherrlichung auf. Der folgende Text soll ein kurzer, bei weitem nicht kompletter, Überblick über einige dieser Vorfälle und Kontinuitäten sein.

Sehr früh wurde die deutschnationale Prägung des RFS klar: In den Jahren nach seiner Gründung beteiligten sich mehrere Mitglieder am rechtsextremen ‚Südtirol-Terrorismus‘, der eine Wiedereingliederung Südtirols an Österreich forderte. Vor allem deutsche Neonazis unterstützten die in Südtirol tätigen Terrorzellen logistisch, aber auch bei der Durchführung von Anschlägen. In Wien griffen RFS-Mitglieder das Parlament sowie die italienische Botschaft mit Schusswaffen und Brandbomben an. Insbesondere Norbert Burger, der 1953 Bundesvorsitzender des RFS wurde, war an den mitunter tödlichen Aktivitäten der südtiroler Terrorgruppen beteiligt. Obwohl er in Italien mehrmals zu langen Haftstrafen – teilweise sogar lebenslänglich – verurteilt wurde, wurde Burger nie ausgeliefert, sondern beteiligte sich in Österreich sein Leben lang an diversen rechtsextremen Projekten, darunter die *Aktion Neue Rechte* (ANR) und die wegen Verstößen gegen das Verbotsgesetz verbotene *Nationaldemokratische Partei* (NDP). Außerdem schrieb er für diverse FPÖ-nahe Zeitschriften. Ein anderes RFS-Mitglied der ersten Stunde war der rechtsextreme Burschenschaftler Günther Kümel. Kümel beteiligte sich ebenfalls am ‚Südtirol-Terrorismus‘, wurde aber aufgrund eines anderen Vorfalls bekannt: 1965 kam es zu einer antifaschistischen Demonstration gegen den antisemitischen Professor Taras Borodajkewycz, welche von Beginn an von rechtsextremen Studenten mit Rufen wie ‚Juden raus‘ und ‚Hoch Auschwitz‘ begleitet wurde. Es kam zu körperlichen Auseinandersetzungen, bei denen Kümel den KZ-Überlebenden und Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger niederschlug. Kirchweger starb wenige Tage danach an den Verletzungen und wurde somit das erste Todesopfer politischer Gewalt nach 1945. Kümel wurde lediglich für Notwehrüberschreitung verurteilt, was eine Welle an

öffentlicher Empörung auslöste. Bis heute ist er in der rechtsextremen Szene in Deutschland aktiv. Darüber hinaus kann der RFS als eine Kaderschmiede für unzählige rechtsextreme Zusammenschlüsse der letzten Jahrzehnte bezeichnet werden. Seien es die bereits erwähnten ANR und NDP, die immer wieder gewalttätig gegen Gegen-demonstrant:innen und Antifaschist:innen vorgingen, das rechtsextreme Netzwerk um den Neonazi Gottfried Küssel, bis hin zur *Identitären Bewegung* (IB) und natürlich auch der FPÖ. Überall finden sich Mitglieder und Ehemalige des RFS. Zusätzlich ist der RFS auch ein wichtiges Bindeglied zwischen der FPÖ und deutschnationalen Studentenverbindungen, aus deren Reihen ebenfalls unzählige Akteure und Funktionäre der extremen Rechten stammen.

Vor allem zur *Identitären Bewegung* besteht ein seit ihrer Entstehung mal mehr, mal weniger ausgeprägtes Näheverhältnis. So finden sich immer wieder bekannte Identitäre und Burschenschaftler in Funktionen des RFS. Jüngstes Beispiel dafür ist der Vorsitzende des RFS Wien Gerwin K., der sich auch in der identitären Gruppe *Aktion451* betätigt. Die *Aktion451* besteht hauptsächlich aus Identitären und Mitgliedern der *Freiheitlichen Jugend* und des RFS, was eine erneute Bestätigung der von der FPÖ oft weggeleugneten Verbindungen zur IB ist. Auch die ehemalige RFS-Funktionärin Verena M. ist Mitglied der Gruppe. Als die *Aktion451* im Herbst 2023 den rechtsextremen Publizisten Götz Kubitschek an die Uni Wien holte, meldete der damalige RFS-Bundesmandatar die Kundgebung an. 2023 kandidierte mit Marvin S. ein deutscher Identitärer für den RFS in Salzburg und 2017 war mit Gernot Schmidt einer der führenden Köpfe der IB in Österreich Vorsitzender des RFS Wien. Ein anderer ehemaliger Vorsitzender des RFS Wien, Markus Ripfl, unterhielt nicht nur Kontakt zur IB, sondern auch zu Neonazi-Zusammenschlüssen im In- und Ausland. Bilder zeigen ihn unter anderem mit Vertrauten von Gottfried Küssel. Zu Ripfls Zeit begannen RFS-nahe Facebookseiten persönliche Daten von Antifaschist:innen zu veröffentlichen, was unter anderem zur Folge hatte, dass eine ÖH-Funktionärin einen Drohbrief aus dem Küssel-Umfeld erhielt. 2017 sprach der RFS Wien auf Facebook davon, dass die Familie die ‚Keimzelle des Volks‘¹ sei: Dies ist ein direktes Hitler-Zitat. In den Jahren 2019 und 2020 besuchten RFS-Mitglieder gemeinsam mit Burschenschaftlern und Identitären immer wieder die Lehrveranstaltungen des FPÖ-nahen und geschichtsrevisionistischen Historikers Lothar Höbelt, nachdem diese von antifaschistischen

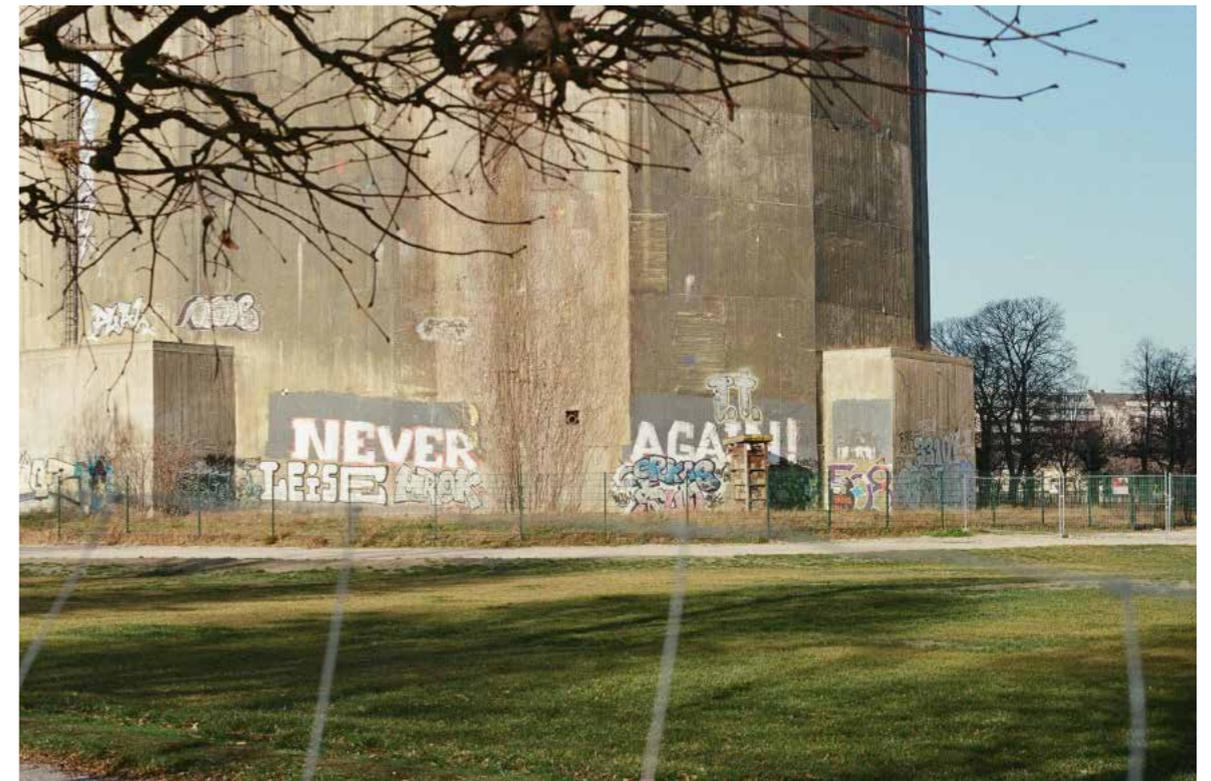
Studierenden gestört wurden. Bis 2024 war die tiroler Landtagsabgeordnete Gudrun Kofler Vorsitzende des RFS; Kofler, die ursprünglich aus Südtirol stammt, spricht sich immer wieder für dessen Anschluss an Österreich aus. Ihr Großvater gehörte, ebenso wie Norbert Burger, dem terroristischen *Befreiungsausschuss Südtirol* an. Zur Zeit der Coronapandemie beteiligte sich der RFS immer wieder an verschwörungsideologischen Demonstrationen und veranstaltete auch selbst Aktionen gegen einen vermeintlichen Impfzwang an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Hochschulpolitisch verlor der RFS seit der Öffnung der Universitäten in den 70ern konstant an Bedeutung. Immer wieder kam und kommt es zu internen Zerwürfnissen, zuletzt 2023, als der damalige Bundesmandatar Matthias K. im Streit den RFS verließ. Aktuell halten die freiheitlichen Studierenden ein Mandat in der ÖH-Bundesvertretung und keine Mandate in Hochschulvertretungen. Eine Ausnahme bildet die mit dem RFS verbundene *Liste Leobner Studenten* an der Montanuniversität Leoben, die dort immer wieder mit der ÖVP-nahen *Aktionsgemeinschaft* koalitiert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der RFS ein klassisches Produkt fehlender Entnazifizierung ist. Über Generationen hinweg verbindet der RFS militante Rechtsextreme, deutschnationale Burschenschafter und die FPÖ. Die inhaltlichen Positionen sind ebenso wie die persönlichen Verbindungen der Mitglieder stramm völkisch, antisemitisch, rassistisch, queerfeindlich und misogyn. Die Hochschulen sollen, wenn es nach dem RFS geht, wieder elitäre Orte für eine weiße, österreichische Bildungsbürgerschicht werden, ohne Platz für Diversität und politische Teilhabe abseits des blauen Parteivorfelds. Die Rolle des RFS als Bindeglied zwischen mehreren Generationen militanter Rechtsextremer, deutschnationalen Burschenschaften und der FPÖ bleibt trotz der hochschulpolitischen Irrelevanz bestehen. Ob der Höhenflug der FPÖ auch eine Auswirkung auf das Ergebnis des RFS haben wird, bleibt abzuwarten.

Hannes Zaunhuber

1 stoppt die rechten, „Die völkische Familie des RFS Wien“
URL: shorturl.at/ckmmV (Zugriff: 01.04.2025)



Das *AudiMax* Ein Hörsaal als Bühne für politische Kämpfe

Austrofaschismus und NS-Zeit

Das *AudiMax* wurde zu Zeiten des Austrofaschismus mit dem Ziel erbaut, ideologische Pflichtveranstaltungen für alle Studierenden abzuhalten, etwa mit Titeln wie „Zur weltanschaulichen und staatsbürgerlichen Erziehung“ oder „Über die idealen und geschichtlichen Grundlagen des österreichischen Staates“. Studierende waren außerdem verpflichtet, an paramilitärischen Übungen teilzunehmen.¹

Zur Eröffnung des *AudiMax* im Jahr 1936 weihte der Wiener Erzbischof den Hörsaal ein. Ein großes Kreuzifix und das Staatswappen mit dem Doppeladler dominierten den Hörsaal und signalisierten die ideologische Ausrichtung. Der architektonische Bau und die symbolträchtige Einrichtung des Hörsaals waren bezeichnend für eine Zeit, in der die Universität nach ideologischen Gesichtspunkten umgebaut wurde: neue Lehrpläne wurden eingeführt, politisch unerwünschte Lehrende und Studierende diszipliniert und die Staatspolizei vor Ort installiert.²

Nach dem ‚Anschluss‘ am 12. März 1938, bei dem die deutsche Wehrmacht und die Polizei in Österreich unter Jubelrufen von weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung einmarschierten und Österreich an das Deutsche Reich anschlossen, verschärfte sich die Lage an der Universität weiter. Mehr als 2700 überwiegend jüdische Universitätsangehörige wurden vertrieben und die freigewordenen Plätze mit Mitläufer*innen und NS-Anhänger*innen besetzt. Bereits wenige Tage nach dem ‚Anschluss‘ wurden Lehrende verhaftet oder vertrieben und kurze Zeit später wurden alle Hochschulprofessoren auf Hitler vereidigt. Zunächst wurde ein Numerus clausus von zwei Prozent für jüdische Studierende eingeführt, bis ihnen schließlich das Betreten der Universität völlig verboten wurde. Jüdischen Professoren wurde ihr Titel entzogen, Dokortitel wurden teils auch rückwirkend aberkannt. Viele Vertriebene wurden in Konzentrationslager deportiert und teilweise dort ermordet oder waren zu Emigration gezwungen.³ Auch während der NS-Zeit behielt das *AudiMax* seine ideologische Bedeutung: Hier fanden Tagungen und prestigeträchtige Veranstaltungen statt.

Nachkriegszeit und Aufarbeitung der Rolle der Universität im Nationalsozialismus

1945 wurde das Hauptgebäude der Universität Wien von sowjetischen Soldaten genutzt. Kurz danach wurden im Mai 1945 alle zukünftigen Studierenden, die sich im Sommersemester immatrikulieren wollten, aufgerufen, bei der Räumung und dem Wiederaufbau der Universität zu helfen. Trotz der baulichen Erholung dauerte es Jahrzehnte, bis eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit stattfand.⁴

Erst 1965, nach öffentlicher Empörung durch Studierende über den offenen Antisemitismus des Professors für Wirtschaftsgeschichte Taras Borodajkewycz, setzte die Universität sich erstmals intensiv mit ihrer NS-Vergangenheit auseinander. Dies markierte den Beginn einer langen Debatte über historische Verantwortung, die in den folgenden Jahrzehnten immer wieder aufflammte. Mit der Präsidentschaftskandidatur von Kurt Waldheim 1986 kam es zu einer breiteren politischen Diskussion über historische Verantwortung in Österreich. Das ‚Bedenkjahr‘ 1988 – 50 Jahre nach dem ‚Anschluss‘ an das Deutsche Reich – war der Anlass für die Ringvorlesung „Die Universität Wien 1938 – 1945“, die sich endlich mit dieser dunklen Vergangenheit auseinandersetzte.⁵

Immer wieder wurde das *AudiMax* zum Mittelpunkt studentischer Proteste, etwa 1987, 1992, 1996, 2000 und schließlich 2009. Die Themen reichten von Studiengebühren über Demokratiefragen bis hin zu sozialen Missständen.

Bologna-Reform

Mit der Bologna-Erklärung 1999 begann der Bolognaprozess, der eine Vereinheitlichung der Studiengänge in Europa zum Ziel hatte. Obwohl die Reform eine erleichterte Mobilität innerhalb Europas und eine bessere Vergleichbarkeit des Hochschulstudiums versprach, brachte sie auch Verschlechterungen für die Studierenden: das freie Studieren wurde eingeschränkt, der Zugang zum Universitätsstudium erschwert und aufeinander aufbauende Module machten den Aufstieg schwieriger. Viele Studierende kritisierten den zu-

nehmenden Leistungsdruck und die Verschulung der Hochschulen und es kam zu Protestbewegungen in ganz Europa.

AudiMaxismus

2009 wurde das *AudiMax* zum Hauptaustragungsort der *#Unibrennt*-Proteste, die österreichweit stattfanden. *#Unibrennt* war einer der größten Bildungsproteste der letzten Jahrzehnte und fand auch internationale Beachtung. Der Hörsaal der Universität Wien wurde zum Zentrum der Bewegung. Renommierete Schriftsteller*innen, Aktivist*innen, Musiker*innen, Politiker*innen und Journalist*innen solidarisierten sich und traten im *AudiMax* auf. Sogar die bekannte US-Punkband *Anti-Flag* besuchte die Proteste. Der Begriff *Audi-Maxismus* wurde 2009 zum Wort des Jahres gewählt und zeigte, wie stark der Protest in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Ein unerwarteter Effekt der Proteste war die Aufmerksamkeit für soziale Notlagen. Durch das offene Angebot für alle (Volxküche, ständiger Zugang im Winter 2009/2010) wurde das Problem der steigenden Obdachlosigkeit von Nicht-Anspruchsberechtigten in Wien sichtbar. Viele obdachlose Menschen fanden hier einen sicheren Ort. Von Woche zu Woche nahm ihre Zahl zu, während der Anteil an Studierenden abnahm. Dies brachte die steigende Obdachlosigkeit und die prekäre Lage von Menschen, die durch die Wiener Wohnungslosenhilfe nicht versorgt werden konnten aufgrund ihrer kurzen Aufenthaltsdauer in Österreich bzw. ihrer Staatsbürgerschaft, in den Fokus der Öffentlichkeit. Als Reaktion darauf schnürte die Stadtregierung 2010 das 'Winterpaket', das die Versorgung von Obdachlosen in Tageszentren und Notquartieren zwischen Oktober und April sicherstellen sollte. Das 'Winterpaket', das seitdem fortbesteht, ist ein positiver Effekt der Protestbewegung und hat zu einer Verbesserung der Lebensumstände von dieser marginalisierten Gruppe geführt.⁶

Vom Austrofaschismus über die Bologna-Reform und Studierendenproteste bis hin zur sozialen Notlage spiegelt das *AudiMax* die politische Lage der vergangenen Jahrzehnte wider. Die Geschichte des *AudiMax* zeigt: Die Universität Wien war und bleibt ein Spiegel gesellschaftlicher Kämpfe.

1 Vgl. Posch: *AudiMax*. Der größte Hörsaal der Universität Wien. URL: bit.ly/3XdbzHw (Zugriff: 20.2.2025)

2 Vgl. Ebd.

3 Vgl. Kniefacz/ Posch: Vertreibung von Lehrenden und Studierenden 1938.

URL: bit.ly/43zFAFI (Zugriff 10.3.2025)

4 Vgl. Kniefacz: Die Wiedereröffnung der Universität Wien und der Umgang mit dem Nationalsozialismus nach Kriegsende 1945.

URL: bit.ly/3QXt1w8 (Zugriff 10.3.2025)

5 Vgl. Ebd.

6 Vgl. Hohl: Obdachlosenhilfe als Herkulesaufgabe. URL: bit.ly/3X8RGkL (Zugriff 20.2.2025)

Quellen

o.A.: Die wenig bekannte Geschichte des bekanntesten Hörsaals Österreichs.

URL: bit.ly/43agmNY (Zugriff: 20.2.2025)

Hohl, Alice: Obdachlosenhilfe als Herkulesaufgabe. URL: bit.ly/3X8RGkL

(Zugriff 20.2.2025)

Kniefacz, Katharina: Studierende und Lehrende als politische Akteur*innen im 19. und 20. Jahrhundert.

URL: bit.ly/3F11APe (Zugriff: 22.2.2025)

Kniefacz, Katharina: Die Universität Wien im Austrofaschismus.

URL: bit.ly/4gSaFXZ (Zugriff: 22.2.2025)

Kniefacz, Katharina: Die Wiedereröffnung der Universität Wien und der Umgang mit dem Nationalsozialismus nach Kriegsende 1945.

URL: bit.ly/3QXt1w8 (Zugriff 10.3.2025)

Kniefacz, Katharina; Posch, Herbert: Vertreibung von Lehrenden und Studierenden 1938.

URL: bit.ly/43zFAFI (Zugriff 10.3.2025)

Posch, Herbert: *AudiMax*. Der größte Hörsaal der Universität Wien.

URL: bit.ly/3XdbzHw (Zugriff: 20.2.2025)





NS-Kontinuitäten an der Universität Wien

Von der NSDAP bis zur *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) – deutschnationale Burschenschaften sind seit jeher Brutstätten völkischer Ideologien. Einst wichtige Kadernschmieden und Wegbereiter für die Nationalsozialisten, fungieren sie heute als Scharnier zwischen parlamentarischem Rechtsextremismus und dem außerparlamentarischen Neonazismus. Das lässt sich gut an der Geschichte des ‚Mittwochs-Bummels‘, dem wöchentlichen Aufmarsch deutschnationaler Waffenstudenten an der Universität Wien, nachzeichnen.



Deutschnationale Burschenschaffer auf der Rampe der Universität Wien, am 05.03.2025 zum ersten ‚Mittwochs-Bummel‘ im Sommersemester.

Wer in Österreich über Rechtsextremismus spricht, kommt an den deutschnationalen Burschenschaften nicht vorbei. Es sind zwar nur 0,04 Prozent der Bevölkerung Mitglied einer Burschenschaft, dafür sitzen überproportional viele Deutschnationale an Machthebeln der Republik, darunter FPÖ-Landeshauptmänner, Nationalrats- und EU-Abgeordnete. Auch in Verwaltung und Wissenschaft besetzen sie einflussreiche Posten. Erstmals stellt die FPÖ mit Walter Rosenkranz den Nationalratspräsidenten. Rosenkranz ist ein schlagender Burschenschaffer der *Libertas*, die schon 1878 den ‚Arierparagraphen‘ einführte. Seine bisherige Amtszeit ist überschattet von Skandalen und einem affirmativen Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus. Erst kürzlich provozierte er im Parlament mit dem demonstrativen Hervorholen eines Wandbildes von einem Lieblingsmaler Adolf Hitlers. Bei der Meldeadresse des Büroleiters von Rosenkranz wurden im November 2024 NS-Devotionalien und kiloweise Munition gefunden. Sein Pressesprecher ist ebenfalls deutschnationaler Burschenschaffer und war

in einen antisemitischen Liederbuch-Skandal verwickelt.

Rosenkranz wünschte sich in einem Interview mit dem *Standard* am 26. Oktober 2024 „Eine bessere Aufklärung der Verdienste von Studentenverbindungen für die Demokratie und die österreichische Republik“¹. Zu erklären, was er damit meint, bleibt er schuldig.

Ein Blick in die Geschichte

„Bei jedem Bummel floss Blut“, schrieb der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig 1910, und meinte damit die Übergriffe deutschnationaler Burschenschaffer auf jüdische Studierende während ihrer wöchentlichen Aufmärsche an der Universität Wien. Diese Übergriffe steigerten sich die kommenden Jahre und Jahrzehnte zu pogromartigen Ausschreitungen.

Historisch agierten Deutschnationale als Vorreiter des völkischen Nationalismus und ‚Rassenantisemitismus‘ an Hochschulen. Spätestens um die Jahrhundertwende gehört der Ausschluss jüdischer Mitglieder, der rassistische Volksbegriff und der politische Antisemitismus zur festen ideologischen Grundlage deutschnationaler Verbindungen.

1932/33 hatten die meisten österreichischen Burschenschaften das ‚Führerprinzip‘ von der NSDAP übernommen. 1938 betonte der Rektor der Universität Wien die Rolle der deutschnationalen Burschenschaften beim Aufbau der NSDAP während der Illegalität:

„Das große Verdienst der deutsch eingestellten studentischen Korporationen Österreichs besteht darin, dass sie sich in der Zeit des Kampfes restlos in den illegalen politischen Aufbau eingefügt haben. Jede Körperschaft bildete einen in sich geschlossenen Kampftruppenteil.“²

Der Großteil der Burschenschaffer war schon vor 1938 illegal für die NSDAP aktiv gewesen. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten schlossen sich mehr als 80 Prozent der NSDAP an. Der Anteil von Burschenschaffer der NSDAP-Mitglieder war somit höher als in Deutschland. Der Antisemitismus und der Hass auf alles Nicht-Deutsche der Burschenschaften waren Vorläufer und Teil der späteren nationalsozialistischen Exzesse, die in der industriell betriebenen Vernichtung des europäischen Judentums mündeten.

NS-Kontinuitäten und Straßenterror nach 1945

Zwanzig Jahre nach der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus attackierten Burschenschafter eine Demonstration gegen den antisemitischen Nazi-Professor Taras Borodajkewycz; dabei schlug das rechtsextreme Mitglied der FPÖ-Jugend, Günther Kümel, den KZ-Überlebenden und Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger nieder. Kirchweger starb an den Verletzungen. Die *Gruppe für organisierten Antifaschismus* veranstaltete am 30. März 2025 eine „Antifaschistischen Gedenkdemostration zum 60. Jahrestag des Mordes an Ernst Kirchweger“, welche bei der Rampe der Universität Wien begann. Im Aufruf zur Demonstration wird betont:

„Ernst Kirchweger gilt als das erste politische Todesopfer der zweiten Republik. Sein Mörder wurde lediglich für Notwehrüberschreitung verurteilt – ein lächerliches Urteil, das sinnbildlich für den Umgang mit Faschismus steht.“³

Kümel war Mitglied der Wiener Burschenschaft *Olympia*. Sie gilt als eine der fanatischsten Burschenschaften und als zentrale Schaltstelle des Rechtsextremismus im deutschsprachigen Raum. In den 1960er Jahren war sie in den Südtirol-Terror involviert und wurde zeitweise behördlich aufgelöst. Auch bei den auf das österreichische Parlament abgegebenen Schüssen 1961 gab es Verbindungen ins burschenschaftliche Milieu und zur *Olympia*. Der Kopf der neofaschistischen ‚Identitären‘ Martin Sellner war Mitglied und politisierte sich in jener Burschenschaft. Der Burschenschafter, bei dessen Begräbnis im September 2024 das Treuelied gesungen wurde, das auch die Waffen-SS nutzte, war ebenfalls Mitglied bei *Olympia*.

Die Rampe der Universität Wien als Kampfzone

Wenige Jahre nach dem Tod Ernst Kirchwegers schlossen sich Anfang der 1970er Jahre militante Neonazis als *Aktion Neue Rechte* (ANR) an den Universitäten zusammen und verbreiteten Terror. Die hauptsächlich an der Universität Wien aktiven

ANR-Aktivistinnen lieferten sich tätliche Auseinandersetzungen mit Antifaschist_innen, provozierten publicity-trächtig rund um den 90. Geburtstag Hitlers in dessen Geburtsstadt Braunau am Inn, agitierten gegen die ‚Holocaust-Lüge‘ oder wurden im Zusammenhang mit antisemitischen Parolen am jüdischen Stadttempel in Wien verhaftet. Dazu kamen regelmäßige Überfälle auf linke Lokale und Vereine. Von einer besonders gewalttätigen Auseinandersetzung mit linken Studierenden an der Uni-Rampe in Wien im Jahr 1977, bei der es mehrere Verletzte gab, existieren Filmaufnahmen.

Bei Veranstaltungen der ANR traten ehemalige NSDAP-Funktionäre, SS-Männer, BDM-Frauen (*Bund Deutscher Mädel*) als Redner und Rednerinnen auf, und der Runenadler wurde auf Wände geschmiert. Die Aktivistinnen waren größtenteils in Burschenschaften aktiv und verstanden sich als Speerspitze und Kaderorganisation der rechtsextremen Bewegung in Österreich.

Ihr Antreten bei den ÖH-Wahlen hatte ein juristisches Nachspiel. 1985 kam der Verfassungsgerichtshof zur Erkenntnis, dass es rechtens gewesen sei, die ANR wegen ihrer Nähe zum Nationalsozialismus bei den Wahlen 1979 auszuschließen. In den 1980er Jahren wurden ANR-Männer wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt und die Organisation schließlich behördlich verboten.

Das Verhältnis der Universität zu den Waffenstudenten

81 Jahre nach der Lobrede des Rektors auf die Burschenschaften, die als Stütze im Aufbau der illegalen NSDAP fungiert hätten, nahmen am Mittwoch, dem 8. Mai 2019, etwa zwei Dutzend Burschenschafter auf der Rampe der Universität Wien beim sogenannten ‚Mittwochs-Bummel‘ teil. In einer Rede bezeichnete ein ehemaliger RFS-Funktionär und Nazi-Burschenschafter die Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung vom Nazismus als „kleine aggressive hasserfüllte Minderheit die Freudenfeste feiert und auf den Gräbern unserer Gefallenen tanzt“⁴. Er spielte auf das *Fest der Freude* an, eine staatliche Feier zur Befreiung vom NS-Regime, die das geschichtsrevisionistische jährliche ‚Heldengedenken‘ von deutschnationalen Burschenschaften am Wiener Heldenplatz ersetzte.

Er zitierte auch Ausschnitte aus dem letzten Wehrmachtsbericht vom 09. 05. 1945. Bei einer Hausdurchsuchung wurden Nazi-Chats auf seinem Handy entdeckt, wenige Monate später wurde er aufgrund von NS-Wiederbetätigung verurteilt. Die Verbindungen des Burschenschafter zur FPÖ und die NS-Wiederbetätigung stehen hier exemplarisch für die ideologische Ausrichtung der völkisch-Nationalen und ist weder eine Überraschung noch ein Einzelfall.

Ende November 2023 organisierte der RFS gemeinsam mit den *Identitären* eine Demonstration vor der Universität Wien. Der Aufmarsch richtete sich gegen ein Auftrittsverbot des rechtsextremen Publizisten Götz Kubitschek. Ein Großteil der Teilnehmenden waren Burschenschafter und der Verfassungsschutz erwähnte die engen Verbindungen des FPÖ-Vorfelds mit den neofaschistischen *Identitären* erstmals in seinem Bericht. Am Rande der Demonstration kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Der Sohn Kubitscheks hielt einen Rechtsextremen für einen Antifaschisten und schlug ihn in einem Tumult mit einer Glasflasche zu Boden.



Friendly Fire unter Rechtsextremen. Ein Neonazi wurde vom Sprössling Götz Kubitscheks (rechts) niedergeschlagen.

Deutschnationale Burschenschaften sind kein Relikt der Vergangenheit, sondern haben nach wie vor prägenden Einfluss in der österreichischen Politik, insbesondere durch ihre enge Verknüpfung mit der FPÖ. Ihre Ideologie fußt auf patriarchalen Vorstellungen und Gewaltbereitschaft. Sie ist von völkischem Nationalismus geprägt. Ihr Ablehnen pluralistischer Werte und ihre Verwurzelung im historischen Nationalsozialismus stellt eine ernsthafte Gefahr für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft dar. Eine Debatte und kritische Auseinandersetzung ist heute wichtiger denn je. Dass die Universität Wien seit Jahren den wöchentlichen Aufmarsch rechtsextremer Bur-

schenschafter auf ihrem Gelände duldet, ist skandalös. Antifaschistische Initiativen sowie die ÖH Uni Wien fordern seit Jahren ein Verbot – bis lang ohne Erfolg.

Jonas Schwarz



- 1 Der Standard: „Burschenschaften ‘unverzichtbar’ – Walter Rosenkranz im Interview“, Oktober 2024. <https://www.derstandard.at/story/3000000242330/burschenschaften-unverzichtbar-walter-rosenkranz-im-interview>
- 2 Hans Henning Scharsach: Stille Machtergreifung – Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien 2017, S. 49
- 3 gfoa_w: <https://www.instagram.com/p/DHBlulxNSRO/>
- 4 stoppt die rechten: „Eine ‘schneidige’ Rede und viel brauner ‘Humor’“, November 2021. <https://www.stopptdierechten.at/2021/11/24/eine-schneidige-rede-und-viel-brauner-humor/>

ÖH-Wahl: Wen interessiert's?

Die ÖH-Wahlen finden statt, aber kaum jemand geht hin. Warum verzichten so viele Studierende auf ihre Stimme?

Weltweit zeigen aktuelle Wahlergebnisse den steigenden Einfluss rechtspopulistischer Parteien auf, wodurch der Blick in die Nachrichten zum frustrierenden Morgenritual wird. Für die österreichischen Nationalratswahlen 2024 sind 77,7 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen getreten - diese im Vergleich mit bisherigen Nationalratswahlen eher durchschnittliche Wahlbeteiligung führte zum schockierenden Wahlsieg der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) als stärkste Kraft. Doch wer hat nicht gewählt, wo genau bleiben die restlichen 22,3 Prozent? Auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems variiert die Wahlbeteiligung: Bei der Europawahl 2024 lag diese bei 56,3 Prozent und bei den Wahlen der Bundesvertretung der *Österreichischen HochschülerInnenschaft* (ÖH) 2023 sogar bei nur 21,16 Prozent. Während demokratische, freie Wahlen in vielen Teilen der Welt rar sind - man denke nur an die Präsidentschaftswahl 2025 in Belarus, oder die viel kritisierten Parlamentswahlen in Georgien 2024 - gibt es zahlreiche, die von ihrem Recht keinen Gebrauch machen. Doch ist eine Wahl repräsentativ, wenn die Wahlenthaltung so hoch ist?

Ein zunehmendes Desinteresse an demokratischen Wahlen sehen die Politikwissenschaftler:innen Angelika Vetter und Uwe Remer-Bollow als direktes Ergebnis eines Wertewandels und einer zunehmenden Individualisierung unserer Gesellschaft. Demnach verliere beispielsweise die Wahlnorm als bürgerliches Pflichtgefühl an Bedeutung, wovon insbesondere jüngere Generationen betroffen seien¹ - ein Argument, das besonders im Kontext der ÖH-Wahlen mit seiner jungen Wähler:innenschaft relevant ist. Neben periodischen Nichtwähler:innen gibt es außerdem auch grundsätzliche Nichtwähler:innen, die sich aus religiösen oder politischen Gründen gegen eine Wahlbeteiligung entscheiden. Zwar agieren politische Gruppen dabei mit unterschiedlichen Intentionen, doch haben gemein, dass sie aktuelle Herrschafts- und Rechtssysteme anzweifeln. Oft kann aber auch einfach das politische Wahlangebot die Nichtwähler:innen nicht überzeugen; ein Zustand der keineswegs mit Desinteresse gleichzusetzen ist. In Frankreich können die betroffenen Wähler:innen in diesem Fall ein *vote blanc*, einen leeren Stimmzettel, abgeben, der als solcher gezählt wird, jedoch keinen Einfluss auf die prozentuale Stimmverteilung hat.

Die Gründe für Wahlmüdigkeit sind höchst komplex - wichtig ist jedoch: die Interessen und Themenschwerpunkte von Nichtwähler:innen werden in den Wahlergebnisse nicht direkt abgebildet.

Ihr Alltag ist von den Ergebnissen und den resultierenden Entschlüssen aber dennoch betroffen. Dabei legen sie ihre Zukunft in die Hände Dritter, denn je weniger Menschen wählen, desto mehr Gewicht gewinnt jede einzelne Stimme. Das Resultat ist ein Wahlergebnis, das die Wahlberechtigten nur verzerrt widerspiegelt.

Die ÖH-Wahlen rühmten sich auch in der Vergangenheit keiner hohen Wahlbeteiligung, so stagnierte diese in den Jahren 2017 und 2019 bei etwa 25 Prozent, bevor sie 2021 mit nicht einmal 16 Prozent ein historisches Tief erzielte. Diese vergleichsweise niedrige Beteiligung kann jedoch den Einschränkungen der Coronapandemie zugeschrieben werden - im Mai 2021 verließen viele ihre Wohnung aus Selbst- und Fremdschutz nicht, waren krank oder wechselten für einige Zeit die Wohnorte. Im Jahr 2023 erholte sich die Wahlbeteiligung mit etwa 21 Prozent wieder ein wenig. Dennoch stellt sich die Frage, wie repräsentativ eine Wahl ist, bei der nur ein Fünftel der Stimmberechtigten aktiv abstimmt. Beispielsweise haben 2023 26,52 Prozent der Wähler:innen für den *Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich* (VSStÖ) gestimmt, gleichzeitig entspricht dies aber weniger als 5 Prozent aller Stimmberechtigten.

Wie genau begründet sich das geringe Interesse an den ÖH-Wahlen und warum reicht der Anreiz auf Mitbestimmung vielen Studierenden nicht aus? Nationalratswahl, Europawahl, Landtagswahl, Gemeinderatswahl, Bundespräsident:innenwahl - das Recht auf politische Mitbestimmung hat viele Gesichter, die nicht nur verwirren, sondern auch überfordern können. Im Kontext der ÖH-Wahlen kommt noch eine Prise Unwissenheit hinzu, denn trotz der Sichtbarkeit der Kampagnen im Hochschulumfeld, kommt es immer wieder vor, dass Wahlberechtigte nicht wissen, wie genau gewählt wird und für was eigentlich. Denn obwohl alle Wahlberechtigten den ÖH-Beitrag regelmäßig zum Semesterstart einzahlen und somit direkt die Finanzierung der ÖH gewährleisten, bleibt vielen unklar, wie die gesetzliche Vertretung der Studierenden agiert.² Aber nicht nur Unwissen, sondern auch fehlende Motivation spielen bei der Wahlenthaltung eine Rolle, so werden Wahlen oft in Haupt- und Nebenwahlen aufgeteilt.³ Diese Unterscheidung besagt, dass Wahlberechtigte unterschiedlichen Wahlen unterschiedliche Bedeutung zumessen: Periodische Nichtwähler:innen wägen von Wahl zu Wahl ab, ob es sich denn in ihrer Kosten-Nutzen-Rechnung lohnt an die Urne zu treten

und wählen zum Beispiel oft im Rahmen der Nationalratswahl, aber selten bei den Europawahlen, geschweige denn bei den ÖH-Wahlen.

Bei den Wahlen der Bundes-, Hochschul-, und Studierendenvertretungen sind die Gründe zur Wahlenthaltung, von Desinteresse bis zu fehlender Motivation, durchaus komplex. Die Frage, ob sich die Wahlberechtigten von den gewählten Vertreter:innen als repräsentiert verstehen, ob der Gedanke überhaupt aufkommt, bleibt unbeantwortet. Seit 2023 können die Studierenden an den ÖH-Wahlen auch über ein elektronisches Wahladministrationssystem teilnehmen – dass dadurch immer mehr Wahlberechtigte sich in den Hochschulalltag einbringen, ist zu hoffen. Gleichzeitig würde eine hieraus resultierende steigende Wahlbeteiligung auch den Mangel an Motivation und das Übermaß an Bequemlichkeit belegen, welche viele Studierenden wohl vom Urnengang abhält.

Doch warum ist die Wahlenthaltung insbesondere im politisierten Hochschulkontext so hoch? Ob Protestcamps oder Audimaxbesetzung, Österreichs Studierende machen gerne mit politischen Aktionen Schlagzeilen – man denke an die *Uni brennt*-Proteste 2009/2010 als Reaktion auf die Bologna-Reform, die bis dato größten nationalen Bildungsproteste. Doch wo bleibt dieses Engagement, wenn alle zwei Jahre die Wahl Einladung im Briefkasten landet? Vetter und Remer-Bollow mutmaßen, dass die institutionellen Veränderungen, die zahlreiche neue Beteiligungsmöglichkeiten, vor allem auf lokaler Ebene, schaffen, Mitschuld tragen. Demonstrationen und Unterschriftaktionen haben ihren provokativen Charakter verloren, an gesellschaftlicher Akzeptanz gewonnen und bieten deshalb die Möglichkeit eine individuelle Position, abseits von Parteiinteressen, auszudrücken.⁴ Das Resultat ist eine Hochschullandschaft, in der eine niedrige Wahlbeteiligung nicht mit einer niedrigen politischen Teilhabe gleichzusetzen ist. Insbesondere der Hochschulkontext kann als Nährboden für experimentelle, oft radikale, Beteiligungsformen dienen. Denn, ob in Form von Zivilcourage, auf der nächsten Demonstration oder bei den ÖH-Wahlen, wichtig ist, dass die Studierenden ihren (Hochschul-)Alltag mitgestalten.

Viktoria Weber



1 Vetter, Angelika; Remer-Bollow, Uwe: Bürger und Beteiligung in der Demokratie, Wiesbaden 2017. S. 204f.

2 Neben der politischen Vertretungsarbeit gegenüber den zuständigen Ministerien bietet die ÖH eine Vielzahl an Serviceleistungen für Studierende, von Fördertöpfen bis zu Beratungsangeboten, und hat so direkten Einfluss auf den Studienalltag. Siehe: Website der ÖH, URL: bit.ly/4iwgR9c (Zugriff: 07.03.2025)

3 Dieses Phänomen der First- und Second-Order These wurde in den 1980er Jahren vor Allem von Karl-Heinz Reif und Hermann Schmitt untersucht. Siehe: Reif, Karl-Heinz: National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984, in: *Electoral Studies* (3/1984), 244–255.

4 Vetter, Remer-Bollow: S. 206.

Ausblick

Liebe Leser:in!

Wir hoffen, dass dir diese Ausgabe über die ÖH-Wahlen bei deinem Entscheidungsprozess weiterhelfen konnte. Für jede Ausgabe suchen wir neue Autor:innen, also wenn auch du Interesse hast, bei der nächsten Ausgabe einen eigenen Artikel zu verfassen, schreib uns gerne mit den Eckdaten (Thema, Textform, Aufbau, Perspektive, Länge) an zeitgenossin@oeh.univie.ac.at. Darüber hinaus freuen wir uns immer über neue Illustrator:innen und Fotograf:innen.

Falls du jede Ausgabe erhalten möchtest, schreibe uns gerne eine E-Mail. Um am Laufenden zu bleiben, folge uns am besten auf Social Media oder unserer Webseite. Unsere nächste Ausgabe ist die FLINTA* Ausgabe und erscheint im Juni 2025.

Bis bald
eure *zeitgenossin*

Impressum

Herausgeberin

Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien
Unicampus AAKH, Hof 1, Spitalgasse 2–4,
1090 Wien; Tel. 0043 (0)1 4277 19501

Redaktion

Nadja Etinski, Leonie Pürmayr, Pauline Hutterer,
Elin Samson, Jannes Langenhoff

Autor:innen dieser Ausgabe

Fiona Sinz, Nadja Etinski, Hannes Zaunhuber,
Tamara Mijatovic, Jonas Schwarz, Viktoria Weber

Satz & Layout

Flo Berrar

Lektorat

Amy Wittenberg, Marlene Losch

Fotos

Jule Thullner
Samuel Winter (S. 9, S. 42)

Anzeigen

Wirtschaftsreferat ÖH Uni Wien
inserate@oeh.univie.ac.at

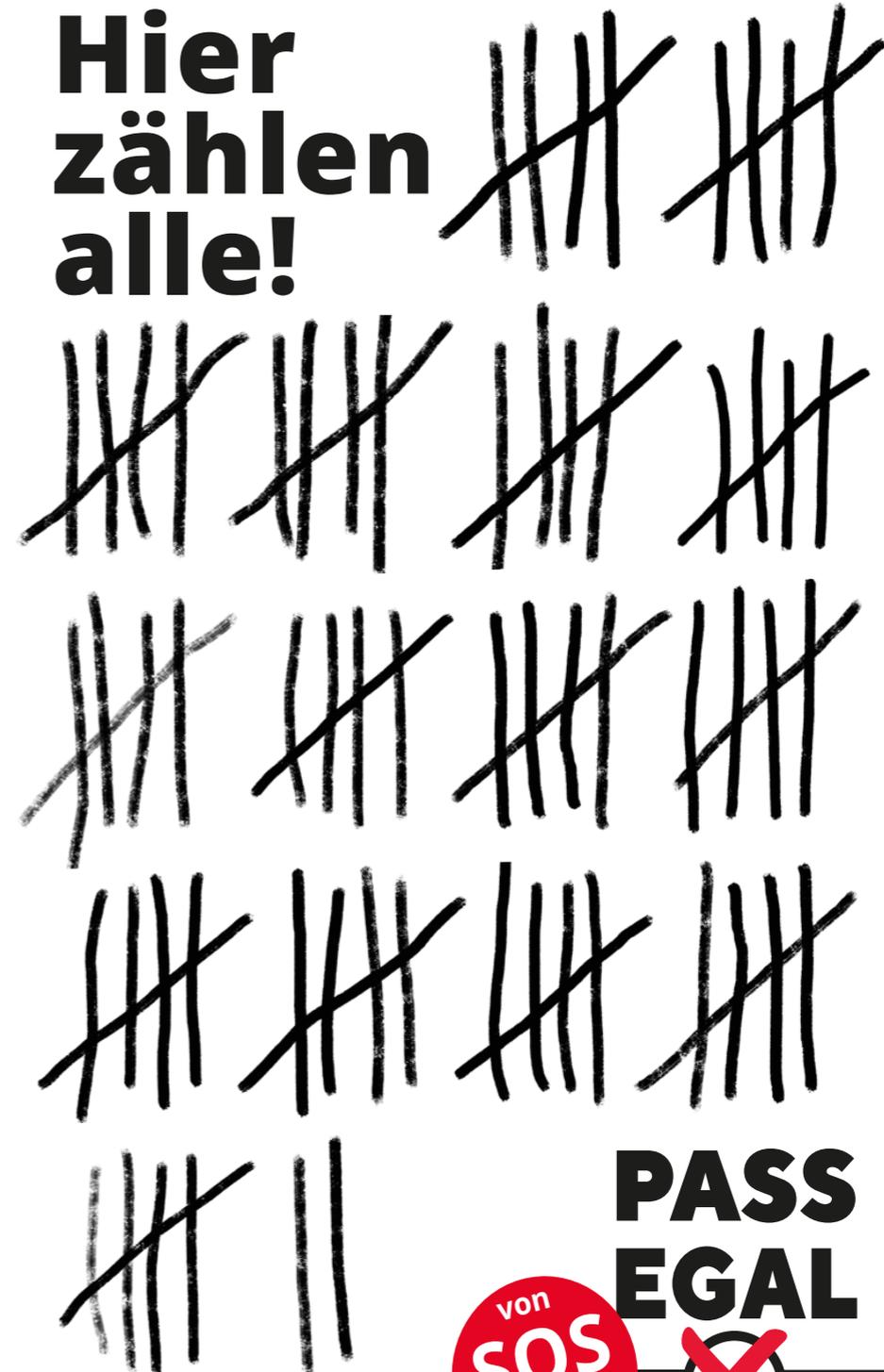
Druck

Markus Putz Print Agentur

Erscheinungsdatum

April 2025

Hier zählen alle!



Bis 23. April 2025

Mit Wahllokalen in ganz Wien

WWW.PASSEGALWAHL.AT



**PASS
EGAL**



WAHL

